

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der 8./9.Sitzung
des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2010/2011
vom 13. September 2010
von 16.15 bis 18.40 Uhr und von 20.00 bis 21.50 Uhr

Vorsitz: U. Bründler Krismer (CVP)

Protokoll: K. Lang

Entschuldigt Nachmittagsitzung: M. Peterhans (SVP)
Abendsitzung: R. Harlacher (CVP)
Beide Sitzungen: P. Fuchs (SVP), N. Gugger (EVP)

Traktanden

Trakt. Gesch. Geschäft
Nr. Nr.

- 1.* Protokolle der 2./3. und 4./5. Sitzungen des Amtsjahres
2010/2011
- 2.* 10/081 Wahl von fünf Mitgliedern einer Spezialkommission zur Vorbereitung der
Neubesetzung Datenschutzbeauftragte/r
- 3.* 10/082 Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten einer Spezialkommission zur
Vorbereitung der Neubesetzung Datenschutzbeauftragte/r
4. 10/076 Mietvertrag und Kredit von CHF 5'320'000 für die Konzentration der
(DKD) Stadtverwaltung auf dem Sulzerareal Stadtmitte (vorbehältlich der Be-
schlussfassung in der Aufsichtskommission)
- 5.* 10/066 Nachtragskredit von CHF 1.4 Mio für die familienergänzende Kinder-
(DSS) betreuung im Jahr 2010
- 6.* 10/063 Nutzungsplanung: Revision, Neufestsetzung und Aufhebung von Bauli-
(DB) nien im Gebiet Niderfeld, St.-Georgen- und General-Guisan-Str., Bach-
wiesen- und Landvogt-Waser-Str. und Hasenweg, Weinbergstr., Wal-
deggstr. und im Bereich Härti
- 7.* Fragestunde
- 8.* 09/129 Begründung des Postulats B. Günthard Fitze (EVP), B. Baltensberger
(DKD) (SP) und R. Diener (Grüne/AL) betreffend Leitbild sozialer Wohnungsbau
- 9.* 09/086 Beantwortung der Interpellation B. Günthard Fitze (EVP) betreffend Zu-
(DSU) sammenlegung Feuerwehr und Zivilschutz zu einer Organisation

- 10.* 09/097 Beantwortung der Interpellation W. Badertscher (SVP) betreffend Jugendsozialarbeit in Winterthur (DSO)
- 11.* 09/098 Beantwortung der Interpellation W. Badertscher (SVP) betreffend Anlaufstelle für Randständige (DSO)
- 12.* 10/007 Begründung des Postulats Ch. Baumann und O. Seitz (SP) betreffend (DB) Konzept zur Veloparkierung rund um den Hauptbahnhof
- 13.* 09/090 Beantwortung der Interpellation F. Landolt (SP) betreffend Gesamtsanierung Adlergarten (DB)
14. 09/088 Beantwortung der Interpellation F. Landolt (SP) betreffend Auftragsvergaben an lokales Gewerbe (DB)
15. 10/019 Abschreibung der altrechtlichen Motion von E. Wohlwend (SP) betreffend (DB) Bau eines Veloweges zwischen dem Grüntal und dem Schulhaus Büelwiesen
16. 10/027 Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL), F. Landolt (SP), (DB) L. Banholzer (EVP) und M. Zeuglin (GLP) betreffend reduzierter Salzeinsatz im Winterdienst - Holzspäne statt Splitt

Ratspräsidentin U. Bründler begrüsst zur 8. und 9. Sitzung im Amtsjahr 2010/2011.

Fraktionserklärung

Günstiger Wohnraum

D. Berger (Grüne/AL): Letzte Woche ist der Stadtrat mit einer Presseerklärung zum Zeughausareal an die Öffentlichkeit getreten. Seit einigen Monaten läuft eine Nutzungs- und Investorenwettbewerb zur Umnutzung des Zeughausareals. Der Heimatschutz hat sich im Landboten kritisch zur Art des Verfahrens geäußert. Die Fraktion Grüne/AL möchte sich zu einem anderen Aspekt des Vorhabens äussern – nämlich zu den Formulierungen im laufenden Investorenwettbewerb. Darin erscheint folgende Aussage zur Wohnsituation in Winterthur: „Es mangelt an Angeboten im mittleren bis höheren Preissegment. Damit eine ausgeglichene Bevölkerungsstruktur erreicht werden kann, gilt es ein Augenmerk auf Haushalte mit mittlerem bis höherem Einkommen zu richten.“ Der Stadtrat hat folgende Zielsetzungen formuliert: „Ziel ist die Erstellung von attraktiven Eigentums- und Mietwohnungen im gehobenen Segment.“ Das ist eine klare Vorgabe an die Investoren im erwähnten Segment Wohnungen zu bauen.

In den Legislaturzielen des Stadtrates sind aber folgende Ziele festgehalten: „Es wird für alle Gesellschaftsschichten und Generationen eine angemessene Wohnqualität angestrebt.“ Im Kapitel „Vorhaben von hoher Bedeutung“ wird genauer auf die Wohnbedürfnisse eingegangen. So wird von einem vermehrten Fokus auf Studierende, ältere Menschen, junge Familien und Menschen in Not geschrieben. Der Tenor des Stadtrates ist aber derselbe geblieben in den vergangenen Jahren. Es mangelt an guten Wohnungen im höheren Preissegment – trotz den Lippenbekenntnissen des Stadtrates zum sozialen Wohnungsbau. Es fehlen aber nicht nur Wohnungen im mittleren und höheren Preissegment. Es fehlt generell an Wohnungen – auch im tiefen Preissegment. Der Investorenwettbewerb wäre eine Gelegenheit, Vorgaben auch in Richtung preiswerten Wohnungsbau zu machen. Damit hätte der Stadtrat ein Signal gesetzt. Aber nein, er fordert erneut kostspieligen Wohnraum. Die Grüne/AL-Fraktion ist einmal mehr enttäuscht. D. Berger erinnert den Stadtrat daran, dass die einseitige Förderung von Wohnraum im hohen Segment sich auch für die Stadtkasse rächt. Je mehr es an billigem Wohnraum mangelt umso mehr muss das Sozialamt für Mieten ausgeben, um den

notwendigen Wohnraum zu finanzieren. Die Grüne/AL-Fraktion ist neugierig, wann und wie der Stadtrat seine Zielsetzungen aus den Legislaturzielen umsetzen will.

Stadträtin V. Gick: Der Stadtrat hat im Rahmen einer Analyse des vorhandenen Wohnraums festgestellt, dass Wohnungen im mittleren und gehobenen Segment fehlen. Die Steuerkraft der Stadt ist sehr bescheiden, das ist allen bekannt. Sie beläuft sich im Jahr 2009 auf 2'591 Franken. Der Durchschnitt des Kantons, inklusive der Stadt Zürich, beträgt 3'861 Franken. Deshalb ist der Stadtrat seit vielen Jahren bestrebt, Angebote im gehobenen Preissegment bereitzustellen. Die Grundstücke, die sich dafür eignen, sollen für diese Aufgabe eingesetzt werden. Nur eine Stadt, die über genügend Mittel verfügt, kann auch eine soziale Stadt sein. Daneben gibt es auch ein Bedürfnis nach günstigem Wohnraum. Der Stadtrat steht in dauerndem Kontakt mit den Wohnbaugenossenschaften. Auch die Genossenschaften sollen die Möglichkeit erhalten, sich etwas auszudehnen. Die Stadt hat bereits Grundstücke an Wohnbaugenossenschaften verkauft. Der Stadtrat muss einerseits das eingezonte Land dafür einzusetzen, dass die Mittel, die der Stadt zur Verfügung stehen, verbessert werden, damit alle Aufgaben erfüllt werden können. Andererseits will der Stadtrat günstigen Wohnraum nicht zerstören. Es muss Platz für beides vorhanden sein. Diesen Spagat versucht der Stadtrat zu machen.

J. Würgler (SP), persönliche Erklärung: Der Zusammenhang zwischen guten Steuerzahlern und denjenigen, die eine teure Wohnung in Winterthur kaufen, wird vom Stadtrat immer wieder betont. Diesen Zusammenhang stellt J. Würgler in Frage. Die Leute kratzen ihr letztes Geld zusammen, kaufen eine teure Wohnung und ziehen in der Folge die Hypothekarzinsen an den Steuern ab. Ein Ehepaar mit zwei bis drei Kindern bezahlt dann praktisch keine Steuern mehr.

D. Berger (Grüne/AL): Seit langem schlagen sich Gemeinderat und Stadtrat Allgemeinplätze um die Ohren. Stadträtin V. Gick hat ihre Argumente wiederholt vorgebracht. Da diese Politik bereits seit längerem verfolgt wird, möchte D. Berger wissen, ob die Steuerkraft aufgrund der Neuwohnungen im höheren Preissegment tatsächlich gestiegen ist. Die Argumente von J. Würgler, dass die Steuerkraft aufgrund der Hypothekarzinsen nicht steigt, sollte der Stadtrat überprüfen.

Stadtpräsident E. Wohlwend ist froh, dass der Sprecher der Grüne/AL-Fraktion die unterschiedlichen Befindlichkeiten aufgezeigt hat. Jeder behauptet etwas anderes. Nur wenn genügend statistische Grundlagen vorhanden sind, kann Klarheit geschaffen werden. Damit können Behauptungen mit Fakten untermauert werden. Deshalb bittet der Stadtrat die Ratsmitglieder im November 2010, wenn das Statistikprojekt zur Abstimmung kommt, dem auch zuzustimmen. Es nützt tatsächlich nichts, wenn ständig ideologisch gefärbte Botschaften hin und her geschoben werden. Letztlich braucht es sachliche Grundlagen.

Persönliche Erklärung

Prix Courage

R. Isler (SVP): Mit grosser Genugtuung und Freude durfte R. Isler erfahren, dass am letzten Wochenende zwei Frauen, die nicht von ihrem Weg abzubringen waren, den Prix Courage erhalten haben. Es sind das M. Zopfi und E. Wyler, die dem Sozialamt der Stadt Zürich Paroli geboten haben – im Wissen darum, dass das ihnen den Job kosten kann. Den beiden mutigen Frauen dankt R. Isler herzlich. Das Ganze wäre nicht an die Oberfläche gekommen, wenn nicht die Weltwoche darüber berichtet hätte. Stadtrat N. Galladé hat als erste Amtshandlung diese Zeitung aus seinem Departement verbannt, nach dem Motto, unangenehme Fragen will er nicht lesen. Die Gefälligkeitsgutachten eines ehemaligen Stadtrates haben dem Sozialdepartement der Stadt Zürich nichts gebracht. Fakt ist, dass Fehler zutage getreten sind. R. Isler fragt sich, inwiefern solche Personen auch in der Stadt Winterthur für Abklärungen herangezogen werden, wenn man weiss, dass diese nicht über ein Gefälligkeitsgut-

achten hinausgehen. Man kann der Weltwoche unterstellen was man will, im Fall des Sozialamtes Zürich hat die Zeitschrift Misstände im Departement von Altstadträtin M. Stocker aufgezeigt. Ob es von Stadtrat N. Galladé klug war, die Weltwoche aus der Amtsstube zu verbannen, will R. Isler nicht hinterfragen.

Stadtrat N. Galladé wird auch in Zukunft die Weltwoche lesen. Sie muss allerdings nicht von Steuergeldern finanziert werden. Wenn man anfängt zu sparen, muss man dort beginnen, wo es am wenigsten weh tut.

Ratspräsidentin U. Bründler: Die Traktandenliste wurde fristgerecht versandt. Die Ratspräsidentin weist darauf hin, dass Traktandum 4 noch nicht behandlungsreif ist und demzufolge von der Traktandenliste abgesetzt wird. Es werden keine Änderungsvorschläge gemacht. Damit ist die Traktandenliste genehmigt.

1. Traktandum

Protokolle der 2./3. und 4./5. Sitzungen des Amtsjahres 2010/2011

Ratspräsidentin U. Bründler: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Die Ratspräsidentin stellt den Antrag die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2010/081: Wahl von fünf Mitgliedern einer Spezialkommission zur Vorbereitung der Neubesetzung Datenschutzbeauftragte/r

Y. Beutler (SP): Die IFK schlägt folgende Mitglieder zur Wahl vor: J. Altwegg (Grüne), U. Brügger (FDP), Ch. Kern (SVP), Ch. Ulrich (SP) und M. Zeugin (GLP).

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über die Wahl der vorgeschlagenen Mitglieder in die Spezialkommission abstimmen.

Der Rat stimmt der Wahl einstimmig zu.

Ratspräsidentin U. Bründler gratuliert den Gewählten.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2010/082: Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten einer Spezialkommission zur Vorbereitung der Neubesetzung Datenschutzbeauftragte/r

Y. Beutler (SP): Die IFK schlägt Ch. Ulrich (SP) vor.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über die Wahl von Ch. Ulrich zum Präsidenten der Spezialkommission abstimmen.

Der Rat stimmt der Wahl einstimmig zu.

Ratspräsidentin U. Bründler gratuliert Ch. Ulrich zu seiner Wahl.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2010/066: Nachtragskredit von CHF 1.4 Mio. für die familienergänzende Kinderbetreuung im Jahr 2010

O. Seitz (SP): Das Departement Schule und Sport (DSS) wird das Budget 2010 für die familienergänzende Kinderbetreuung um 1,4 Millionen überschreiten. Grund: Das Volksschulgesetz verlangt ein bedarfsgerechtes Angebot. Ausserdem hat der Gemeinderat Anfang 2009 beschlossen, grundsätzlich freiwillige Tagesschulen in Winterthur einzuführen. Das ist nur möglich, wenn eine entsprechende Anzahl Plätze zur Verfügung steht. Ob dieser Ausbau korrekt war, werden eine Administrativuntersuchung und ein Rechtsgutachten zeigen. Die Resultate hätten bis im Juli 2010 vorliegen sollen. Das DSS hofft jetzt, dass die beiden Berichte bis Ende September vorliegen werden. Der Stadtrat ist nicht untätig geblieben und hat ein Massnahmenpaket geschnürt, um die Kosten zu reduzieren. Vieles konnte aber nicht mehr gestoppt werden, weil die Personalkosten im Vordergrund stehen. Unabhängig davon, ob der Stadtrat korrekt gehandelt hat, als er sich beim Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung auf das Volksschulgesetz und den Gemeinderatsentscheid berufen hat, ist der Nachtragskredit notwendig.

Was passiert, wenn der Nachtragskredit abgelehnt wird? Die Ratsmitglieder müssen sich bewusst sein, dass Mitte September ein grosser Teil der 1,4 Millionen bereits ausgegeben ist. Zudem sind vor allem die Personalkosten relevant. Selbst wenn der Gemeinderat dem Nachtragskredit nicht zustimmt, können die Leute nicht einfach auf die Strasse gestellt werden. Die Kündigungsfristen müssen eingehalten werden. Der Stadtrat hat erklärt, wenn der Kredit abgelehnt würde, dann müsste die Famex-Verordnung geändert und die Subventionen teilweise gestrichen werden. So könnten am schnellsten Kosten eingespart werden. Aber auch dafür ist eine Weisung an den Gemeinderat notwendig. Die Behandlung einer Weisung benötigt ebenfalls Zeit. Letztendlich müssen diese 1,4 Millionen trotzdem ausgegeben werden. Die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur hat dem Nachtragskredit mit 9 zu 0 Stimmen zugestimmt. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass alles andere als ein Ja zu diesem Nachtragskredit nicht sinnvoll ist. Mit einer Initiative hat die SP verlangt, dass ein bedarfsgerechtes familienergänzendes Betreuungsangebot realisiert wird. Anfang Jahr wurde diese Forderung im Gemeinderat behandelt. Der Stadtrat hat geschrieben, dass das Kapitel schulergänzende Betreuung erledigt ist, weil diese im Volksschulgesetz vorgegeben ist. Der Gemeinderat hat ausschliesslich über die Krippenfinanzierung debattiert und eine Lösung ausgearbeitet. Dem Massnahmenpaket, das der Stadtrat beschlossen hat, steht die SP skeptisch gegenüber. Es beinhaltet eine Plafonierung der Plätze. Das darf ab dem Budget 2011 nicht mehr sein. Die Nachfrage nach schulergänzender Betreuung wird steigen. Eine falsche Budgetierung ist kein Grund in Zukunft das Angebot nicht mehr aufzustocken. Die SP verlangt, dass genügend finanzielle Mittel für die schulergänzende Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt werden und befürwortet den Nachtragskredit. Zudem erwartet die SP in Zukunft eine bessere Budgetierung.

M. Zehnder (GLP/PP): In der Weisung sind leider sehr wenig Zahlen aufgeführt, die zeigen würden, dass ein Nachtragskredit notwendig ist. Es werden auch keine Berechnungen ange stellt, die zeigen, dass bereits gespart worden ist. Die GLP/PP-Fraktion bittet den Stadtrat, bei weiteren Geschäften detailliert aufzuführen, wie die Ausgaben zustande gekommen sind und warum nicht mehr gespart werden kann. Die Fraktion ist neugierig, welche Resultate die Administrativuntersuchung und das Rechtsgutachten bringen werden. Die GLP/PP-Fraktion wird die Berichte genau prüfen und hofft, dass die neue Famex-Verordnung bald vorliegt, damit der Gemeinderat noch vor der Budgetdebatte nachlesen kann, was geändert werden soll. Verschiedentlich wurde erklärt, dass der Gemeinderat dem Nachtragskredit nur noch zustimmen kann, weil das Geld sowieso ausgegeben werden muss. Zu einer Vorlage des Stadtrates kann der Gemeinderat auch Nein sagen. Dass der Stadtrat, um einen Nachtragskredit bittet, statt einfach zuviel auszugeben und diese Ausgaben mit einer fragwürdigen Gebundenheitserklärung versucht zu legitimieren, zeigt, dass ein frischer Wind im Stadtrat Ein-

zug gehalten hat. Die GLP/PP-Fraktion dankt dem Stadtrat und wird dem Geschäft zustimmen.

H. Iseli (EVP/EDU): Die EVP/EDU-Fraktion wird in den sauren Apfel beissen. Das einzige, was als Erfolg verbucht werden kann, ist, dass neuerdings ein Nachtragskredit vorgelegt wird. Das ist neu. Das ist die Quintessenz. Ansonsten konnte H. Iseli nichts Positives feststellen. Auch die EVP/EDU-Fraktion ist gespannt auf die Resultate des Rechtsgutachtens und der Administrativuntersuchung. Die Fraktion begrüsst das rasche Handeln des Departements und das Massnahmenpaket und hofft, dass der eingeschlagene Weg zum Tragen kommt. Dass der Gemeinderat keine Wahl hat und dem Nachtragskredit zustimmen muss, wurde mehrfach erwähnt. Mit der Änderung der Famex-Verordnung muss der Stadtrat vorwärts machen. Damit sind Einsparungen möglich. Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für sein rasches Handeln und wird dem Nachtragskredit zustimmen.

A. Bosshart (FDP): In zwei aufeinanderfolgenden Jahren ist es zu einer Budgetüberschreitung in der familienergänzenden Kinderbetreuung gekommen. Nachdem im Jahr 2009 das Budget um knapp eine Million überschritten worden ist, werden es im Jahr 2010 1,4 Millionen sein. Ob und welche Fehler gemacht wurden, werden die Untersuchung und das Gutachten zeigen. Jetzt geht es darum diesen Missstand zu korrigieren. Die erste Massnahme liegt auf dem Tisch – der Nachtragskredit von 1,4 Millionen. Weitere Massnahmen müssen folgen. Der Stadtrat hat bereits gehandelt. Zum Teil sind die Massnahmen bereits wirksam, zum Teil muss der Gemeinderat noch darüber beraten. Die FDP begrüsst die Massnahmen und hofft, dass der Stadtrat die Situation bald in den Griff bekommt. Leider lässt sich das Loch im Budget 2010 nicht mehr schliessen. Die FDP wird deshalb dem Nachtragskredit ohne Begeisterung zustimmen. Zum einen hat der Gemeinderat den Nachtragskredit in der letzten Rechnungsdebatte gefordert und zum anderen bleibt keine andere Wahl, weil das Geld bereits ausgegeben ist. Eine Ablehnung würde das Problem nicht lösen. Die FDP ist überzeugt, dass der Stadtrat die entsprechenden Sparmassnahmen ergreifen wird.

St. Nyffeler (SVP): Die SVP-Fraktion ist vom Nachtragskredit nicht begeistert und ruft in Erinnerung, dass der Gemeinderat die Rechnung der Famex nicht abgenommen hat. Jetzt soll der Rat die laufende Rechnung um 1,4 Millionen erhöhen. Dass der Nachtragskredit im Gemeinderat behandelt wird, bevor das Rechtsgutachten und das Resultat der Administrativuntersuchung vorliegen, kann man durchaus so verstehen, dass nicht viel Gutes in diesen Berichten steht und deshalb die Veröffentlichung der Resultate taktisch verzögert wird. Einzig die Tatsache, dass es sich bei diesem Betrag faktisch um Personalkosten handelt und sofortige Einsparungen nicht möglich sind, hat die SVP dazu bewegt, dem Nachtragskredit zuzustimmen. Die Fraktion erwartet aber, dass dem Gemeinderat ein ausgewogenes Budget der Famex präsentiert wird und die eingeleiteten Massnahmen Wirkung zeigen. Die SVP wird beim nächsten Budget nicht mehr mitspielen, wenn es der Stadtrat nicht versteht, die Notbremse zu ziehen.

F. Albanese (CVP): Die CVP-Fraktion stimmt dem Nachtragskredit für einmal zu. Aber nur unter Schmerzen und mit tiefen Sorgenfalten, was die Kostendeckung angeht. Die Entwicklung ist alarmierend. Nicht genug, dass sich die Kosten in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt haben, die Steigerung ist zudem fast ausschliesslich auf den Personalausbau zurückzuführen ist. Es ist offensichtlich, dass die Kostenschraube im Personalwesen wenig Spielraum offen lässt. Erwähnenswert ist auch die Entwicklung der durchschnittlichen Lohnkosten, die im Vergleich zum Vorjahr von 110'000 Franken pro neu angestellte Person auf rund 130'000 Franken angestiegen sind. Die CVP wird das kommende Rechtsgutachten und das Budget 2011 mit Argusaugen beobachten.

M. Stauber (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion kann dem Nachtragskredit ohne Schmerzen zustimmen. Die wichtigsten Fragen, betreffen das Rechtsgutachten und die Administrativuntersuchung. Gemäss der Einschätzung von M. Stauber ist die Kostenüberschreitung zum grössten Teil durch die Vorgaben des Kantons – insbesondere durch das kantonale Volksschulgesetz – vorgegeben. Das Volksschulgesetz schreibt vor, dass die Nachfrage nach

Betreuungsplätzen gedeckt werden muss. Die Qualitätskriterien sind ebenfalls klar beschrieben, indem zum Beispiel der Betreuungsschlüssel pro Kind vorgegeben ist. Deshalb betrifft der grösste Teil der Kosten die Personalkosten. Der Stadtrat verfügte über keine Erfahrungswerte, daher ist es nicht verwunderlich, dass falsch budgetiert wurde. Wenn die Untersuchungsergebnisse vorliegen, muss die Diskussion erneut geführt werden – einerseits in der Kommission und andererseits im Rat. Selbstverständlich müssen auch die vom Stadtrat vorgesehenen Sparmassnahmen diskutiert werden. Die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Winterthur ist qualitativ gut. Die Grüne/AL-Fraktion wird keinen wesentlichen Abstrichen zustimmen. M. Stauber war vor rund 10 Jahren dabei, als Fragen in Bezug auf die Nachtragskredite thematisiert wurden. Der Stadtrat wurde aufgefordert dem Gemeinderat bei Bedarf Nachtragskredite zu beantragen, weil die Budgethoheit beim Gemeinderat liegt. Mit dieser Forderung ist der Gemeinderat gescheitert. Heute beantragt der Stadtrat einen Nachtragskredit. Das ist erfreulich und ein später Sieg für die damaligen Bemühungen in den Kommissionen und vielleicht auch ein Beweis für einen frischen Wind, der im Stadtrat herrscht. Die Grüne/AL-Fraktion stimmt dem Nachtragskredit zu.

Stadtrat St. Fritschi dankt für die Annahme des Nachtragskredits. Mit dem Rechtsgutachten wird die Gebundenheit des Kredits noch abgeklärt. Der Stadtrat hat entschieden, den Wunsch des Gemeinderates zu respektieren und einen Nachtragskredit vorzulegen. Der Stadtrat ist stolz auf die Kinderbetreuung in der Stadt Winterthur. Er hat aber auch eingesehen, dass die Budgetvorgaben nicht eingehalten worden sind. Deshalb hat der Stadtrat verschiedene Massnahmen beschlossen. Einen Teil dieser Massnahmen werden dem Gemeinderat noch vorgelegt – unter anderem die Änderung der Famex-Verordnung. Es wird aber noch einige Zeit dauern bis die neue Verordnung dem Gemeinderat vorgelegt werden kann, weil es sich um ein kompliziertes Vertragswerk handelt. Aktuell sind die familienexterne Betreuung in den Kindertagesstätten und die schulergänzende Betreuung in der gleichen Verordnung geregelt. Neu müssen die beiden Betreuungsarten separat geregelt werden. Das ist juristisch recht kompliziert. Der Stadtrat will die neue Famex-Verordnung aber auf das Schuljahr 2011/2012 bereitstellen.

Die schulergänzende Betreuung ist ein Erfolg. Sie ist aber zu teuer. Deshalb muss der Stadtrat Massnahmen einleiten, um ein möglichst gutes Angebot zu einem finanzierbaren Preis bereitstellen zu können. Ein grosser Teil der Massnahmen wurde bereits umgesetzt. Trotzdem musste kein Kind auf eine Warteliste gesetzt werden. Es sind ausreichend Betreuungsplätze vorhanden. Von Plafonierung zu sprechen, ist daher nicht richtig. Die Planung und Organisation der Betreuungsplätze sollen aber verbessert werden. Die Resultate der beiden Untersuchungen hätten bereits im Juli vorliegen sollen. Das Resultat der Administrativuntersuchung ist im Juli tatsächlich eingetroffen, das Rechtsgutachten hat sich aber verzögert, es wird in den nächsten Tagen aber vorliegen. Der Stadtrat wird die Gutachten besprechen und danach die Kommissionen informieren.

Das der Stadtrat dem Gemeinderat einen Nachtragskredit vorlegt, ist neu. Der Stadtrat musste abschätzen, welche Informationen notwendig sind damit der Gemeinderat eine Entscheidung fällen kann. Es ist aber ebenso wichtig, dass die Vorlage so schnell wie möglich im Gemeinderat diskutiert werden kann, damit der Zweck eines Nachtragskredits noch erfüllt wird. Es wäre unehrlich im Dezember einen Nachtragskredit zu beantragen. Dann könnte der Gemeinderat nichts mehr entscheiden. Deshalb hat der Stadtrat den Nachtragskredit noch vor dem Eintreffen des Rechtsgutachtens vorgelegt. Das ist kein taktisches Vorgehen. Die Löhne im Bereich Betreuung sind wesentlich tiefer als F. Albanese in den Raum gestellt hat. In den letzten Jahren hat die Anzahl der subventionierten Plätze wesentlich zugenommen. Auch dadurch wurde der Aufwandüberschuss grösser. Stadtrat St. Fritschi hofft, dass diese Erklärungen vorerst genügen. Der Stadtrat bemüht sich die Planbarkeit zu verbessern und das Angebot trotzdem aufrecht zu erhalten. Die schulergänzende Betreuung ist offensichtlich ein Bedürfnis von sehr vielen Eltern. Das Angebot ist sehr wichtig und verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag vorliegt. Damit hat der Gemeinderat den Nachtragskredit von 1,4 Millionen für die familienergänzende Kinderbetreuung im Jahr 2010 gutgeheissen.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2010/063: Nutzungsplanung: Revision, Neufestsetzung und Aufhebung von Baulinien im Gebiet Niderfeld, St.-Georgen- und General-Guisan-Strasse, Bachwiesen- und Landvogt-Waser-Strasse und Hasenweg, Weinbergstrasse, Waldeggstrasse und im Bereich Härti

J. Altwegg (Grüne/AL): Gesamthaft stellt der Stadtrat 6 Anträge. Antrag 1 betrifft den Stadtkreis Wülflingen. Die Verkehrsbaulinien in der Euelwies, der Wieshof- und der Habichtstrasse sowie am Magnolienweg sollen für die bestehende Gashochdruckleitung im Gebiet Niderfeld neu festgesetzt werden. Ursprünglich wurde mit hohem Verkehrsaufkommen gerechnet. Deshalb hat man Platz für eine grosse Kreuzung oder einen Kreislauf vorgesehen. Dieser Platz wird nicht mehr benötigt. Aus diesem Grund sollen die Verkehrsbaulinien geändert werden. Eine weitere Änderung betrifft die Wendeschleife, die etwas schmaler wird, das heisst die Gebäude können etwas näher an die Strasse gebaut werden. Was wegfällt, ist die Reservation der Fläche für eine Verlängerung der Euelstrasse bis zur Wieshofstrasse. Die Baulinie wird den herrschenden Gegebenheiten angepasst.

Antrag 2 betrifft die General-Guisan- und die St. Georgen-Strasse. Es handelt sich um einen Nachvollzug der Gegebenheiten. Die Verkehrsbaulinien am Knoten St. Georgen-Strasse / General-Guisan-Strasse verlaufen zum Teil innerhalb des Strassenraumes. Diese Situation ist zu korrigieren. Die südlich der St.-Georgen-Strasse liegende Baulinienflucht wird bis zur Trollstrasse 18 vom Westen her verlängert, während die nördliche Flucht bis und mit Trollstrasse 21 von Osten her übernommen wird. Der Baulinienabstand an der General-Guisan-Strasse wird um 3 Metern auf 25 Meter reduziert. Bei der Villa Bühler braucht es mehr Platz. Auch hier handelt es sich um einen Nachvollzug der Gegebenheiten.

Antrag 3 betrifft die Bachwiesenstrasse bis Landvogt-Waser-Strasse, Hasenweg. Die Verkehrsbaulinie soll mit einem Wegabstand von 3,5 Metern gesichert werden. Der Hasenweg ist ein Spezialfall. Die Baulinien werden aufgehoben. Der Hasenweg ist ein Privatweg. Der Besitzer kann selber beurteilen, wie nahe er an die Strasse bauen will. J. Altwegg zeigt Luftaufnahmen des Gebietes.

Antrag 4 betrifft die Weinbergstrasse. Im Jahre 1931 ist die Verkehrsbaulinie für eine Aussichtsplattform festgesetzt worden. Die Plattform ist nie realisiert worden. Eine Umsetzung ist nicht geplant. Die Grundeigentümerinnen haben deshalb den Antrag auf eine Änderung der Verkehrsbaulinie gestellt. J. Altwegg zeigt die Situation anhand von Aufnahmen. Die früher geplante Aussichtsplattform liegt zudem zu weit unten. Sie müsste, wenn schon, höher oben gebaut werden.

Antrag 5 betrifft die Waldeggstrasse. Vor ca. 10 Jahren wurde über einen See abgestimmt. Die Reservation für eine breitere Strasse entspricht nicht den aktuellen Begebenheiten. Die Verkehrsbaulinien sollen deshalb aufgehoben werden.

Antrag 6 betrifft die Wülflingerstrasse im Bereich Härti. Auch hier geht es um den Nachvollzug einer bestehenden Baulinie. Auf der Kreuzung Salomon-Hirzel-Strasse / Wülflingerstrasse wurde ein Lichtsignal bewilligt. Die Liegenschaftsbesitzer waren darüber nicht erfreut. Der Rekurs richtete sich gegen die Versorgungsbaulinie. Er wurde von der Baurechtskommission als gegenstandslos abgeschrieben. Für den Kanalbau des öffentlichen Gewässers konnte eine Einigung erzielt werden. Mit der vorgeschlagenen Änderung wird die Rechtssicherheit hergestellt.

Was den Hasenweg betrifft, hat die Sachkommission Bau und Betriebe Kenntnis davon, dass ein Amtsinhaber aus dem Bauamt dort ein Grundstück besitzt. Die Kommission hat geprüft, ob Eigeninteressen eine Rolle spielen und ist zum Schluss gekommen, dass korrekt

vorgegangen wurde. Die Sachkommission hat das Geschäft mit 9 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Die Grüne/AL-Fraktion befürwortet die 6 Anträge ebenfalls.

L. Banholzer (EVP/EDU): Die Ratsmitglieder haben die Ausführungen zu den 6 Vorhaben gehört. Es geht darum verschiedene Baulinien aufzuheben oder anzupassen. Die EVP/EDU-Fraktion stimmt der Vorlage zu. Es handelt sich um sinnvolle Änderungen, die notwendig sind.

E. Wettstein (SP): Die SP-Fraktion stimmt der Neufestsetzung und Aufhebung verschiedener Baulinien zu. Die Massnahmen, die getroffen werden, sind sinnvoll. E. Wettstein dankt dem Referenten der Sachkommission Bau und Betriebe für die Luftaufnahmen. Dadurch hat er die Situationen übersichtlich dargestellt.

M. Baumberger (CVP): Die CVP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Sie dankt J. Altwegg für die Präsentation. Das Geschäft ist unumstritten. Die CVP begrüsst es, dass die Stadt sich mit den involvierten Eigentümern auseinandergesetzt hat.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion stimmt zu.

B. Meier (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion stimmt den vorgeschlagenen Änderungen zu.

Stadträtin P. Pedergnana dankt für die Präsentation und die gute Aufnahme des Geschäftes.

Ratspräsidentin U. Bründler: Es liegt kein Ablehnungsantrag vor. Somit hat der Gemeinderat den Antrag des Stadtrates in Bezug auf die Nutzungsplanung, Revision, Neufestsetzung und Aufhebung von Baulinien, gutgeheissen.

7. Traktandum

Fragestunde

O. Seitz (SP): Laubbläserfreie Schulanlagen: Der Herbst kündigt sich an und damit leider auch die Laubbläser. Der Einsatz von Laubbläsern ist insbesondere auf Schulhauseinrichtungen sehr fraglich. Die Laubbläser stören mit ihrem Lärm den Unterricht und vor allem wirbeln sie neben dem Laub allen möglichen Unrat auf, was gesundheitlich bedenklich ist. Ist der Stadtrat bereit, auf Schulanlagen auf den Einsatz von Laubbläsern zu verzichten? Wenn sich der Stadtrat aus Kostengründen einen allgemeinen Verzicht nicht vorstellen kann, wäre ein teilweiser Verzicht vorstellbar?

Stadtrat St. Fritschi: Auf den Schularealen werden Laubbläser verwendet und sie sind tatsächlich laut, verursachen Feinstaub und Abgase. Deshalb hat das Departement Schule und Sport vor ca. einem Jahr versucht die Immissionen zu reduzieren. Die alten Laubbläser haben einen Lärm von 105 bis 115 Dezibel verursacht. Diese wurden nach und nach durch Laubbläser mit einer Lautstärke von 88 Dezibel ersetzt. Mit den alten Laubbläsern konnte man während des Schulunterrichts nicht arbeiten. Mit den schallgedämpften Laubbläsern kann man auch dann arbeiten, wenn die Kinder in der Schule sind. In Wülflingen und Veltheim wurden bereits alle Laubbläser ersetzt. In den anderen Schulkreisen wird teilweise noch mit Laubbläsern der alten Generation gearbeitet. Weil die Laubbläser Feinstaub verursachen, müssen alle Hauswarte mit einem Mundschutz arbeiten und dürfen die Laubbläser nicht in Anwesenheit der Schulkinder benutzen. Die Materialverwaltung empfiehlt auch, dass nur noch Gerätebenzin verwendet wird. Damit kann der Ausstoss von Schadstoffen reduziert werden. Zur Verwendung von Gerätebenzin hat die Stadt ein Merkblatt an alle Hauswarte verteilt. O. Seitz fragt, ob auf Schularealen auf Laubbläser verzichtet werden kann. Aus wirtschaftlichen Gründen ist das nicht möglich. Das Laub von Hand zusammenzurechen ist weit

weniger effizient. Mit einem Laubbläser ist die Arbeit drei- bis viermal schneller erledigt. Das hat zur Folge, dass allein im Schulkreis Veltheim 3'000 Arbeitsstunden eingespart werden können. Das entspricht 1,5 Mannjahre, die allein in einem Jahr eingespart werden können. Wenn man das auf alle Schulkreise hochrechnet, ergibt das eine grosse Mehrbelastung. Das kann sich die Stadt nicht leisten.

Ch. Denzler (FDP): Neuartiges Belüftungssystem Halle 710: Kürzlich konnte der äusserst gelungene und grosszügig konzipierte Eulachpark eingeweiht werden. Dabei ist Ch. Denzler das neuartige „Belüftungs- oder Fenstersystem“ ins Auge gestochen. Während dieses im westlichen Teil (Halle für die Stadtgärtnerei) noch Sinn macht, ist zu bezweifeln, ob es im noch zu erstellenden Café auch so empfunden würde. Es sei denn als Namensgebung „Café Durchzug“. Ist der bereits gesprochene Kredit für die ersten zwei Etappen aufgebraucht, so dass es für die Fenster nicht mehr reichte, oder will der Stadtrat riskieren, dass es Vandalen entdecken und diese „Löcher“ noch vergrössern? Soll der Gemeinderat einen Sponsorenlauf organisieren, um die arg gebeutelte Stadtkasse mit einem Spendenbeitrag zu unterstützen?

Stadträtin V. Gick: Auch wenn die zweite Frage nicht ganz ernst gemeint ist, muss man mit einer ernsthaften Antwort rechnen. Die Stadträtin hat sich mit diesen Fenstern intensiv befasst. Die Stadt hat die Halle im Jahr 2007 gekauft. Die Stadtentwicklung wurde beauftragt ein Nutzungskonzept zu erstellen. Inzwischen wird der eine Teil der Halle als Revierstützpunkt genutzt und alle defekten Fensterscheiben sind durch Sicherheitscheiben ersetzt worden. Jetzt steht in Aussicht, dass auch der restliche Teil der Halle genutzt werden soll. Bisher war die Stadt mit dem Ersatz von weiteren Fensterscheiben zurückhaltend, um Fehlinvestitionen zu vermeiden. Dass die Halle momentan über eine besonders gute Lüftung verfügt, ist aber keine Absicht. Die obere Fensterreihe wurde 2009 mit Sicherheitscheiben versehen, weil die Halle als Lager genutzt wird. Der Stadtrat musste feststellen, dass die untere Fensterreihe inzwischen von Unbekannten bearbeitet wurde. Die Fenster wurden zu einem grossen Teil eingeschlagen. Deshalb müssen auch diese Fenster ersetzt werden. Ein Sponsorenlauf ist im Zusammenhang mit der Halle 710 noch nicht zwingend notwendig. Vielleicht wird Stadträtin V. Gick nach einer Hochrechnung auf das Thema zurückkommen. Im Übrigen hofft sie, dass die Ratsmitglieder das Café, wenn es einmal eröffnet ist, oft besuchen werden.

F. Helg (FDP): In letzter Zeit hat sich ein Teil **der Drogen- und Alkoholikerszene auf dem Bahnhofplatz**, namentlich vor dem Coop City-Warenhaus, niedergelassen. Ist dem Stadtrat diese Entwicklung bekannt und wie schätzt er sie ein?

Stadtrat M. Künzle: Im April 2008 wurde die Szene hinter dem Manor aufgelöst, im Wissen darum, dass die Randständigen aus der Alkohol- und Drogenszene nicht aus der Stadt verschwinden werden. Die Sogwirkung konnte aber reduziert werden. In Winterthur leben aber, wie in jeder Grosstadt, auch Randständige. Der Stadtrat hat Anfang 2008 beschlossen, dass in der Stadt keine offene Drogen- und Alkoholikerszene mehr zugelassen wird. Diverse Verwaltungszweige haben sich auf diesen Beschluss eingestellt. Die Stadtpolizei übt zusammen mit der Kantonspolizei Druck aus – immer dann, wenn sich eine Szene erneut formiert. Die Randständigen können aber nicht einfach von einem Ort im öffentlichen Raum weggeschickt werden. Die Stadtpolizei arbeitet aber mit Wegweisungsverfügung, wenn illegale Handlungen festgestellt werden. Dass der Bahnhof ein interessanter Ort für Leute ist, die Zeit haben, dürfte klar sein. Die Szenerie beim Bahnhof ist zudem durch den Abbruch auf dem Archareal zusätzlich bereichert worden. Die Stadtpolizei kann aber nur dann intervenieren, wenn die Nutzung dieses Raumes durch andere Personen verunmöglicht wird. Sich einfach auf eine Bank zu setzen und ein Bier zu trinken, ist legal. Die Stadtpolizei macht regelmässig Kontrollen und spricht mit den Leuten. Manchmal können sie veranlasst werden, die Örtlichkeit zu verlassen. Die Drogenanlaufstelle, die ganz in der Nähe liegt, hat ihr Engagement vergrössert. Bekanntlich fehlt dort aber ein Aussenraum. Deshalb ist die Anlaufstelle dringend auf den Umzug an die Zeughausstrasse angewiesen. Ausserdem belastet die Stadt ein Bundesgerichtsurteil massiv. Repressives polizeiliches Handeln gegen den Handel von illegalen

Substanzen ist zurzeit nur unter erschwerten Bedingungen möglich. Mit dem Urteil in Bezug auf verdeckte Ermittlungen ist der Polizei ein wichtiges und erfolgreiches Instrument aus der Hand genommen worden. Die Polizei unterstützt die Bemühungen, dieses Urteil auf dem Gesetzesweg zu korrigieren.

J. Würgler (SP): Zeughäuser Winterthur: Wohltätige Organisationen und Spekulanten:

Im März 2010 wurde ein Nutzungswettbewerb Zeughäuser Winterthur ausgeschrieben, es wurde eine Trägerschaft mit einem innovativen Nutzungskonzept gesucht, welche die Zeughäuser mit einem langfristigen Mietvertrag übernimmt. Wobei von der Stadt aber gerade wieder relativiert wurde, der Entscheid sei noch offen, ob die Zeughäuser langfristig an eine entsprechende Trägerschaft abgegeben werden. Dieser Wettbewerb umfasste nur die drei Zeughäuser, die nicht abgebrochen werden dürfen, also unter Denkmalschutz stehen. Ein alternatives Nutzungskonzept ist auch recht schwierig zu realisieren, wenn es offensichtlich ist, dass sich die bisherigen Mieter langfristig engagiert haben. Die Sache scheint eher als Flopp angelegt und es wird wohl nur eine wohltätige Organisation noch Interesse an einer Trägerschaft für ein solches Areal haben. Im Juni 2010 wurde dann der Investorenwettbewerb für die Überbauung Zeughausareal ausgeschrieben. Dieser umfasst nun das restliche Areal, auf dem die Zeughäuser 4 und 5, die nun abgebrochen und neu überbaut werden dürfen. Hier werden wohl wieder die Spekulanten zum Zuge kommen. Von gemeinnützigem oder gar sozialem Wohnungsbau kann wohl keine Rede mehr sein. Warum wird der lukrative Teil vom weniger Lukrativen getrennt. Warum wird hier nicht das ganze Areal, inklusive denkmalgeschützter Teil zum Wettbewerb ausgeschrieben und mit der Auflage versehen, die bisherigen Mieter mit der durchaus sinnvollen gewerblichen Nutzung zu übernehmen. Das würde der Spekulation sicher entgegen wirken und allenfalls auch sozialen Wohnungsbau ermöglichen. J. Würgler hat die Frage letzte Woche formuliert. Die Sache hat mit dem Pressebericht über das Zeughausareal an Brisanz gewonnen. Dieses Statement wird nicht das letzte von J. Würgler zu diesem Thema sein.

Stadträtin V. Gick: Die Geschichte um die Entwicklung des Zeughausareals und der Erwerb der Zeughäuser wäre ein fast abendfüllendes Thema. Als die Armasuisse vor ca. 6 Jahren begonnen hat, die Zeughäuser zu verkaufen, hat die Stadt Winterthur reagiert und Verhandlungen aufgenommen. Diese Zeughäuser sind sehr zentral gelegen und das Kaufinteresse der Stadt war offensichtlich. Die Stadtentwicklung hat sich ebenfalls mit dem Quartier Zeughaus/Teuchelweiher befasst. Es handelt sich um ein vielfältig genutztes Quartier mit den Nutzungsschwerpunkten Bildung, öffentliche Infrastruktur, soziokulturelle Veranstaltungen, Reithalle, Wohnen, Gewerbe und Dienstleistungen. Der Teuchelweiherplatz ist ein grosser und schöner Platz. Eine Testplanung hat 2006 ergeben, dass das Quartier gut durchmischert ist. Diese Durchmischung soll erhalten bleiben und weiterentwickelt werden. Deshalb hat die Stadt beschlossen, die nördlich gelegenen denkmalgeschützten Zeughäuser zu erwerben und für kulturelle, gewerbliche und andere Nutzungen zur Verfügung zu stellen. Auf dem südlichen Arealteil, mit den Zeughäusern, die abgerissen werden können und der Zeughauswiese, sollen Wohnbauten errichtet werden. Angesichts der Steuerkraft der Stadt drängt es sich auf, an dieser zentralen Lage Wohnraum für gute Steuerzahler zu schaffen. Gleichzeitig wurde beschlossen den Mattenbach aufzuwerten. Fazit: Die historischen Zeughäuser sind eher für gewerbliche Nutzungen bestimmt und der südliche Teil für gehobenes Wohnen. Aus diesem Grund hat die Stadt die Zeughäuser von Armasuisse erworben. Gleichzeitig hat der Stadtrat mit Armasuisse verhandelt, was mit dem restlichen Teil des Areals geschehen soll. Die Armasuisse war nicht bereit, der Stadt diesen Teil des Areals zu überlassen. Deshalb wurde einerseits der Kaufvertrag abgeschlossen und andererseits die Entwicklungsvereinbarung für den mittleren und südlichen Teil. Der Stadtrat hat für den Investorenwettbewerb die Schenkelwiese zum Vorbild genommen. Die Stadtentwicklung hat für den historischen Teil der Zeughäuser einen Nutzungswettbewerb vorgeschlagen. Eine Vorgabe war, dass eine Bruttorendite von 6 % erzielt werden soll. Dieser Wettbewerb richtet sich an das Gewerbe, an innovative Unternehmungen und an alle mit Ideen für eine gute Nutzung. Damit wird ein ganz anderes Zielpublikum angesprochen als auf der anderen Seite des Areals. Dort werden Investoren gesucht, die auf dem Areal eine qualitativ gute Überbauung realisieren

können. Zwei so verschiedene Verfahren können nicht zusammengefasst werden. Die Stadträtin ist zuversichtlich, dass beide Verfahren ein für die Stadt gutes Resultat erbringen werden.

B. Konyo (SP): Busverbindung in Aussenwachten: Bus Nr. 9: Die Aussenwachten Eidberg, Iberg und Gotzenwil sind an den Wochenenden am Morgen schlecht an den ÖV angebunden. So fährt der erste Bus am Samstagmorgen um 6.45 Uhr und am Sonntagmorgen sogar erst um 7.28 Uhr. Dies bedeutet, dass Reisende darauf angewiesen sind, mit einem Taxi oder mit dem Privatfahrzeug in die Stadt zu fahren um einen frühen Zug zu erreichen. Was gedenkt der Stadtrat dagegen zu unternehmen?

Stadtrat M. Gfeller: Das Problem ist nicht so einfach zu lösen. Es sind genaue Zahlen vorhanden über die Buslinie 9 und insbesondere über den Versuchsbetrieb am Abend. Die Leute im Iberg, Eidberg und in Gotzenwil müssen die Benutzung dieser Buslinie steigern damit der ZVV das Angebot akzeptiert. Die Frequenz müsste sich fast verdoppeln. Auch die Buslinie selber ist mit einem Kostendeckungsgrad von 30 % am unteren Limit. Damit ist gesagt, dass eine Ausdehnung der Fahrzeiten im Moment nicht in Frage kommt. Es liegt auch in der Natur der Sache, dass in Randgebieten der öffentliche Verkehr nicht so früh bereitgestellt werden kann, wie in der Innenstadt. Immerhin können die Leute mit dem Bus um 7.28 Uhr rechtzeitig die Predigt in der Stadtkirche besuchen. Die Zahlen sprechen leider gegen eine Ausdehnung der Fahrzeiten. Der Stadtrat kämpft aber für eine bauliche Entwicklung in den Aussenwachten. Der Kanton soll die Reservezone Gotzenwil nicht auszonen. Eine tragfähige Infrastruktur im öffentlichen Verkehr kann nur dann angeboten werden, wenn eine gewisse Anzahl Leute in den Aussenwachten wohnt.

S. Stierli (SP): Handhabung der Sammelstellen für Altglas : Nicht nur S. Stierli ärgert sich ständig über die Einwurfskonstruktion der „unterirdischen“ Glassammelstellen, das Thema hat auch schon zu Leserbriefen geführt und der Stadtrat hat sich soweit ersichtlich noch nicht zur Problematik geäußert: Die "unterirdischen" Glassammelstellen, beispielsweise die beim Shopping Seen, sind so konstruiert, dass man mit der einen Hand ständig den Deckel offen halten muss. Will man nun Flaschen einwerfen, kann man dies nur mit einer Hand tun und ist gezwungen, die mitgebrachte Tasche abzustellen. Dabei droht die Gefahr, dass Flaschen herausfallen und zu Bruch gehen. Zudem sind die Einwurfröhren oben ständig verdreckt. Bei älteren Systemen konnte der Deckel mit dem Fuss geöffnet werden. Es stellt sich folgende Frage: Warum hat der Stadtrat eine solche Fehlkonstruktion beschafft und kann er vorzeigen, wie man diese mit nur zwei Händen gefahrlos bedient? Wie lange muss sich S. Stierli noch ärgern.

Stadträtin P. Pedergnana: Bei der Einwurfskonstruktion handelt es sich um ein gängiges Modell, das auch in anderen Städten eingesetzt wird. Die Deckel schliessen sich relativ langsam. Das hat auch einen Zweck. Man will verhindern, dass sich Vögel in die Container verirren. Von vielen Nutzerinnen und Nutzern wurde der Deckel nämlich nicht mehr geschlossen. Man will auch nicht, dass Schnee und Regen in die Behälter eindringen können. Die Pedale, mit denen früher die Container geöffnet werden konnten, waren ständig defekt. Die Stadt bemüht sich, die Einwurfröhren sauber zu halten – sie können aber nicht täglich geputzt werden. Stadträtin P. Pedergnana bedauert, dass sich S. Stierli ärgern muss. Sie schlägt vor, die Tasche jeweils zwischen die Beine zu stellen, damit sie nicht umkippt.

B. Günthard Fitze (EVP): Begegnungszone Bahnhofplatz: Der Bahnhofplatz wird faktisch als Begegnungszone gebraucht, ist aber nicht als solche markiert. Es stellt sich die Frage, ob eine entsprechende Markierung möglich wäre und ob auch der Teil Stadthausstrasse Höhe Schmidgasse bis zur Bankstrasse miteinbezogen werden könnte, da sich dort sowieso trotz offizieller 50-er-Zone die verschiedenen Verkehrsteilnehmer ziemlich frei auf der Strasse bewegen.

Stadtrat M. Künzle: Es ist richtig: Auf dem Bahnhofplatz und im unteren Teil der Stadthausstrasse können sich die Verkehrsteilnehmer frei bewegen. Es herrscht ein Miteinander. Der Bahnhofplatz darf von Autos nicht befahren werden – ausser von Taxis. Durch dieses Regime hat der bewilligte Fahrverkehr – also Bus und Taxi – Vortritt gegenüber den Fussgängern. Die Fahrzeuge sind aber aufgrund des hohen Personenaufkommens auf dem Bahnhofplatz – auch wenn sie Vortritt haben – gezwungen, Rücksicht zu nehmen. Die Verkehrssicherheit auf diesem Platz ist sehr hoch. Unfälle sind praktisch keine zu verzeichnen. Würde dieses Gebiet in eine Begegnungszone umgewandelt, hätten die Fussgänger Vortritt und der Bus hätte das Nachsehen. Diese Änderung würde den Busbetrieb beeinflussen. Wenn die Fussgänger Vortritt hätten, könnten die Busse die Abfahrtszeiten nicht mehr einhalten. Auch auf dem unteren Teil der Stadthausstrasse funktioniert der Verkehr. Man passt sich an und achtet aufeinander. Warum ein System ändern, das eigentlich funktioniert?

W. Schurter (CVP): Thema: Bahnhofplatz Süd: Im Mai 2008 hat das Stimmvolk einer baulichen Sanierung und einer betrieblichen sowie gestalterischen Aufwertung des Stadtraums Bahnhof zugestimmt. Ein Teilprojekt betrifft den Bahnhofplatz Süd mit dem Bushof. Sanierungs- und Aufwertungsmassnahmen sind dort dringend notwendig. Gemäss Planung ist der Beginn dieser Arbeiten nach dem Albanifest 2011 vorgesehen. Ist dieser Zeitplan weiterhin gültig oder gibt es eine Verzögerung?

Stadträtin P. Pedernana: Bisher hat der Stadtrat kommuniziert, dass die Arbeiten im Sommer 2011 beginnen sollten, sofern keine Einsprachen eingehen. Der Stadtrat hat nach den Sommerferien an einer Koordinationssitzung mit den SBB mitgeteilt, dass der Zeitplan nicht eingehalten werden kann. W. Schurter war an dieser Sitzung als Vertreter der SBB dabei. Zum Projekt Bahnhofplatz Süd sind drei Einsprachen eingegangen und konnten noch nicht abschliessend behandelt werden. Die Einspracheverhandlungen finden in den nächsten Tagen statt. Der ursprünglich ehrgeizige Fahrplan musste angepasst werden. Der Baubeginn ist nach dem Albanifest 2012 vorgesehen. Diesen Baubeginn hat der Stadtrat in seinen Legislatorschwerpunkten festgehalten. Dem Gemeinderat wird das Projekt etwa Anfang 2011 vorgelegt.

E. Wettstein (SP): Strasse Oberseen / Ricketwil: Ausgangspunkt der Veloausfahrten von E. Wettstein ist meistens Ricketwil. Er fährt von Oberseen mit dem Velo durch den Wald in Richtung Ricketwil. Nicht immer mit einem guten Gefühl, denn seit einiger Zeit ist diese Strasse für einige Verkehrsteilnehmer zur richtigen Raserstrecke mutiert. Auf der schmalen, unebenen, schlechten Strasse durch den Wald gibt es für viele keine Tempolimits. Wer die Kontrolle über sein Fahrzeug verliert, landet unweigerlich irgendwo in den Bäumen. (und nimmt evtl. noch einen Fussgänger oder Velofahrer mit). Bevor etwas Schwerwiegendes passiert sollte hier etwas unternommen werden. Ist dem Stadtrat diese „Problemstrecke“ bekannt? Warum gibt es auf dieser Waldstrecke keine Tempolimits wie im Eschenbergwald?

Stadtrat M. Künzle: Die Ricketwilerstrasse zwischen Oberseen und Ricketwil hat nicht die gleiche Funktion wie eine reine Waldstrasse. Die Strasse im Eschenbergwald dient lediglich der Erschliessung eines zusammenhängenden Waldgebietes. Die Ricketwilerstrasse ist aber eine kommunale Verbindungsstrasse. Hier gilt die schweizweit gültige Geschwindigkeitsnorm für Strassen ausserorts von 80 Stundenkilometern. Im Schweizerischen Strassenverkehrsgesetz ist festgehalten, dass die Fahrzeuglenkenden die Fahrgeschwindigkeit an die Örtlichkeiten, die Sichtbedingungen und an die Strassenverhältnisse anpassen müssen. Selbst wenn 80 Stundenkilometer erlaubt sind, darf nicht immer 80 gefahren werden. Die Ricketwilerstrasse ist eine angemessen ausgebaute Strasse mit teilweise unruhiger Fahrbahn. Die Automobilistinnen und Automobilisten sollten von sich aus angepasst fahren. Auf der Ricketwilerstrasse sind der Polizei keine örtlich bedingten Sicherheitsdefizite bekannt – auch wenn Unfälle passiert sind. Die Stadtpolizei hat in der Vergangenheit Kontrollen gemacht und wird auch in Zukunft weiterhin kontrollieren. Ein viel wichtigerer Schwerpunkt auf dieser Strasse ist der Übergang in die Tempo-30-Zone.

W. Badertscher (SVP): Der **Ziegeleiweg im Dättnau** ist ein beliebter Fussweg der gut frequentiert wird. Die Bedeutung des Weges wird noch zunehmen, wenn der Bus nach dem Fahrplanwechsel nur noch auf der Hauptstrasse fahren wird. In diesem Zusammenhang ist W. Badertscher aufgefallen, dass der Unterhalt, die Reinigung und das Schneeräumen vernachlässigt oder gar nicht ausgeführt werden. Wer ist für den Unterhalt des Ziegeleiweges zwischen der Dättnauerstrasse und der Hündlerstrasse zuständig und warum wurde diese Aufgabe vernachlässigt?

Stadträtin P. Pedergnana zeigt anhand eines Planausschnittes die Problematik. Der angesprochene Teil des Weges ist nur zu einem ganz kleinen Teil im Besitz der Stadt. Er gehört mehrheitlich verschiedenen Privatpersonen. Der ganze Weg ist chaussiert – es handelt sich also um einen Kiesweg. Chaussierte Wege dürfen nicht gesalzen werden. Sie dürfen auch nicht gepfadet werden, weil damit der Weg beschädigt würde. Der Stadtrat empfiehlt deshalb bei winterlichen Verhältnissen einen anderen Weg zu wählen. Die Mitarbeitenden der Stadt sind aber angewiesen, die verschiedenen Wegeteile zu jäten, auch wenn die Stadt nicht dazu verpflichtet wäre, weil der grösste Teil des Weges in Privatbesitz ist.

L. Banholzer (EVP): Welches sind die Kriterien für die Vergabe eines städtischen Parkplatzes an die Angestellten der Stadtverwaltung? Wie streng werden diese Kriterien eingehalten?

Stadtrat M. Künzle: Mit Beschluss vom 30. Oktober 1996 hat der Stadtrat auf den 1. Januar 1997 das Parkplatzreglement für das Personal der Stadt Winterthur erlassen. Der Artikel 1 hält fest, dass die städtischen Mitarbeitenden angehalten sind, für den täglichen Arbeitsweg die öffentlichen Verkehrsmittel oder das Velo zu benutzen oder zu Fuss zur Arbeit zu gehen. Im Reglement sind auch die Zuteilungskriterien aufgelistet, die erfüllt werden müssen, damit Verwaltungsangestellte Parkplätze zugewiesen erhalten. Grundsätzlich ist die Vermietung der Parkplätze dezentral organisiert. In der Regel sind die Leiter der Produktgruppen für die Vermietung der Parkplätze zuständig. Im Moment werden ca. 540 Parkplätze an die Mitarbeitenden für ihre privat genutzten Fahrzeuge vermietet. Weiter will Stadtrat M. Künzle das Thema nicht ausführen, denn der Stadtrat hat ein Mobilitätsmanagement für die Stadtverwaltung in Auftrag gegeben. Das wird in der nächsten Zeit vorliegen. Der Stadtrat will eine umweltschonende Verkehrsmittelwahl fördern und einheitliche Regeln aufstellen, wie in den Departementen mit der Parkierung umgegangen werden soll. Bei der Bearbeitung des Mobilitätsmanagements hat der Stadtrat festgestellt, dass die Praxis sehr unterschiedlich ist. Das beweist, dass der Stadtrat mit seinem Auftrag richtig liegt. In den nächsten Monaten wird das Konzept im Stadtrat besprochen. Stadtrat M. Künzle ist sicher, dass das Konzept auch öffentlich gemacht wird.

Ch. Ingold (EVP): Der **Reitplatz** und der neu eingeweihte **Eulachpark** sind in der Sommersaison beliebte Orte zum Grillieren. Wie die Erfahrung im Eulachpark gezeigt hat, ergeben sich dadurch Probleme mit Rauch und Schäden an den Grillstellen bzw. in der Natur, wenn individuelle Grillgeräte am Boden eingesetzt werden. Kann Stadtwerk Winterthur versuchsweise im noch zu erstellenden Teil des Eulachparkes oder dem umzugestaltenden Reitplatz einen Versuch mit einem fest installierten Elektrogrill durchführen? Mit diesem Gerät wird auf einer heissen Metallplatte grilliert. Die Rauchentwicklung, der CO²-Ausstoss und mögliche Schäden an Natur und Gerät sind deutlich reduziert. Es ist eine regelmässige Reinigung durch Stadtwerk, aber keine Entsorgung von Asche oder Nachlieferung von Holz nötig.

Stadtrat M. Gfeller: Stadtwerk Winterthur hat die Idee geprüft und leider nicht als praktikabel beurteilt. Der Stadtrat muss sich dieser Meinung anschliessen. Wenn eine solche Installation mit entsprechender Anschlussleistung erstellt würde, wäre das heikel. Die Gefahr, dass Vandalen die Installation beschädigen, wäre wesentlich höher als bei normalen Grillstellen. Dazu kommt, dass die meisten Leute, die grillieren, ein Feuer machen wollen. Wenn man Holz verbrennt und nicht verrotten lässt, ist die Verbrennung CO² neutral. Es wird aber mehr Feinstaub produziert. Aus diesen Gründen sieht der Stadtrat im Moment keine Lösung. Eine Lösung wäre, die Energie über Fotovoltaik vor Ort zu produzieren. Das wäre ein Modell, das von Privaten realisiert werden könnte.

D. Schneider (FDP): Im Stadtpark gibt es Anzeichen von Drogenhandel. Stimmt das? Wenn ja, wer sind die Dealer? Wie geht die Polizei vor? Das grösste Problem ist wohl, dass die Leute nicht ohne konkrete Beweise weggeschickt werden können.

Stadtrat M. Künzle: Kann nichts über die Namen sagen. Es ist richtig, nach der Auflösung der Alkohol- und Drogenszene hinter dem Manor, hatte die Polizei im Stadtgarten keine grösseren Probleme mehr. Die Leute aus Afrika haben sich in dieser Zeit scheinbar aus dem Drogenhandel zurückgezogen. Man hat sie im öffentlichen Raum nicht mehr stark wahrgenommen im Zusammenhang mit Betäubungsmittelhandel. Jetzt hat sich die Situation geändert. Plötzlich sind ganze Gruppen von Schwarzafrikanern, vornehmlich aus Nigeria, gerade im Stadtgarten wieder sichtbar. Diese Personen wohnen in den umliegenden Durchgangszentren. Die Polizei führt regelmässige Kontrollen durch und übt auch einen gewissen polizeilichen Druck aus. Diese Gruppen sind aber sehr gut organisiert. Die Dealer arbeiten nach einem ausgeklügelten Arbeitsteilungsmodell und observieren die polizeiliche Observation. Das bereits erwähnte Bundesgerichtsurteil hat der Polizei einen Bärendienst erwiesen. Es ist fast nicht mehr möglich einzugreifen. Zivile Fahndung und verdeckte Ermittlungen sind kaum mehr möglich. Deshalb macht die Polizei vermehrt Kontrollen und weist die Leute weg, soweit das juristisch möglich ist. Die Probleme könnten reduziert werden, wenn der Bewegungsradius dieser Leute eingeschränkt werden könnte. Diesbezüglich finden Gespräche mit übergeordneten Stellen statt.

P. Kyburz (SP): Steuerveranlagung nach der Heirat: Wer in Winterthur heiratet oder eine eingetragene Partnerschaft eingeht, erlebt im Folgejahr eine Überraschung. Bei der provisorischen Steuerrechnung wird nur das steuerbare Einkommen des Mannes berücksichtigt. Auf seine Nachfrage hin, bekam P. Kyburz vom Steueramt die Auskunft, dass die Frauen nach der Heirat ja meistens die Berufstätigkeit aufgeben würden. Diese Praxis wird auch bei der eingetragenen Partnerschaft angewendet. Seither weiss P. Kyburz, dass das höhere steuerbare Einkommen als das „männliche“ gilt. Warum verfolgt die Stadt Winterthur diese Praxis und fragt die frisch verheirateten / eingetragenen Paare nicht an, wie sich ihr Einkommen entwickeln wird?

Stadträtin V. Gick: Als sie diese Frage gelesen hat, musste sie zuerst nach Luft schnappen. Sie kann P. Kyburz beruhigen, ganz so ist die gängige Praxis beim Steueramt nicht. Bei der Heirat besteht das Problem, dass für das nächste Jahr eine provisorische Steuerrechnung erstellt werden muss. Das ist nicht so einfach. Gleichzeitig ist es wichtig, dass diese nicht zu hoch oder zu tief ausfällt. Das Steueramt Winterthur hat bereits verschiedene Wege probiert, damit die provisorische Rechnung in etwa den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Das Steueramt geht nicht davon aus, dass die Frauen bei der Heirat ihre Berufstätigkeit aufgeben. Das wäre realitätsfremd. Aber offensichtlich hat P. Kyburz eine entsprechende Antwort erhalten. Damit der Prozess verbessert werden kann, hat das Steueramt einen Fragebogen ausgearbeitet, der allen frisch verheirateten Paaren oder eingetragenen Partnerschaften zugestellt wird. Damit erhält das Steueramt eine Basis, um eine vernünftige provisorische Rechnung auszustellen. Das funktioniert aber nur mit einer guten Kommunikation. Diese soll verbessert werden.

M. Wäckerlin: Am 28.06.2010 in der 3./4. Sitzung wurde im Rat die Interpellationsantwort GGR-Nr. 2009-087 betreffend **Förderung leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler** behandelt. Dabei kam heraus, dass es kaum Fördermassnahmen gibt und die 200 Stellenprozentage der Exploratio für die ausreichende Förderung des vorhandenen Potentials an ca. 1'500 bis 2'000 begabter und hochbegabter Schüler nicht genügt. Dabei könnten und sollten zum Beispiel auch die IF-Lehrkräfte für die Betreuung begabter Schüler hinzugezogen werden. Was wurde seither unternommen und was ist allenfalls in welchem Zeitrahmen als weitere Massnahmen geplant?

Stadtrat St. Fritschi: Seit der Anfrage sind 6 Wochen vergangen und es ist nicht das einzige Thema, das den Stadtrat beschäftigt. Im Volksschulgesetz ist die Integrative Förderung verankert. Das heisst die Lehrpersonen fördern nicht nur die Schülerinnen und Schüler mit Defiziten, sondern auch diejenigen mit einer höheren Begabung. Für die zusätzliche Förderung von höher Begabten ist der Schlüssel zum Erfolg nach wie vor die Klassenlehrperson. Sie ist den Schülerinnen und Schülern am nächsten und weiss am besten wie ein hochbegabtes Kind gefördert werden kann. Das übersteigt aber oft die normalen Aufgaben einer Regelklasse. Deshalb hat die Stadt das Angebot Exploratio geschaffen, das mit 200 Stellenprozenten zugegebenermassen nicht überdotiert ist. Es handelt sich um eine Fachstelle. Die Regelklassenlehrpersonen werden unterstützt und beraten, damit sie die höher begabten Schülerinnen und Schüler fördern können.

Das reicht aber nicht aus. Zusätzlich stehen IF-Personen zur Verfügung – also Personen, die die integrierte Förderung in den Schulzimmern übernehmen. Traditionellerweise sind die IF-Personen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen. Vom Ansatz her sind sie vor allem auf die Schülerinnen und Schüler mit Defiziten ausgerichtet. Ein Umdenken konnte innerhalb der letzten 6 Wochen nicht stattfinden. Es braucht Zeit bis auch die höher begabten Schülerinnen und Schüler von den IF-Personen gefördert werden können. Es ist aber ein Anliegen, das in Zukunft berücksichtigt werden muss. Stadtrat St. Fritschi hat das Anliegen bei der Fachstelle für integrierte Förderung platziert. Die Schulen haben noch sehr viel Arbeit, damit die Schülerinnen und Schüler mit Defiziten entsprechend gefördert werden können. Deshalb kann die Förderung für höher Begabte erst in einem zweiten Schritt umgesetzt werden. Stadtrat St. Fritschi wird in den nächsten Wochen Exploratio besuchen und fordert M. Wäckerlin dazu auf mitzukommen. Im Schulhaus St. Georgen befindet sich seit diesem Sommer ein Forschungslabor. Die hochbegabten Schülerinnen und Schüler können in diesem Labor ihre spezielle Begabung ausleben. Es hat sich gezeigt, dass nicht genügend Anmeldungen für die Grund- und Aufbaukurse von Exploratio eingegangen sind, um alle Kurse zu besetzen. Viele Schülerinnen und Schüler – beziehungsweise deren Eltern – bevorzugen die Begabtenförderung im eigenen Klassenzimmer. Den Lehrkräften ist das Programm bekannt. Die Fachleute von Exploratio unterstützen die Lehrpersonen, damit sie in den Klassenzimmern vermehrt die Hochbegabten fördern können.

M. Zeugin (GLP) „Stromsparmäuse essen sich statt für die Stadt“: „Der Grosse Gemeinderat hat vor knapp zwei Jahren im Rahmen der Budgetdebatte 2009 dem Stadtrat einen Kredit von 80'000 Franken für den Kauf von Stromsparmäusen gesprochen. Die Strommäuse helfen nicht nur unnötigen Stromverbrauch zu reduzieren, sondern leisten auch einen kleinen Beitrag um Geld zu sparen. Was ist der aktuelle Stand der Umsetzung? Und wie viele Mäuse essen sich bereits satt mit Strom und Geldsparen für die Stadt?“

Stadtrat M. Künzle: Diese Mäuse liegen zurzeit auf dem Tisch des Stadtrates. Er hat den Auftrag des Parlaments entgegengenommen. Die Umsetzung hat verwaltungsintern zu Diskussionen geführt. Die IDW hat zudem ein Projekt laufen, mit dem das Gerätemanagement effizienter gestaltet werden soll. Stadtrat M. Künzle ist zuversichtlich, dass die Stromsparmäuse demnächst eingesetzt werden können. Ein Sparpotential ist sicher vorhanden.

M. Zehnder (GLP): Auf dem Sulzerareal in der Stadt befindet sich neben der Krahnbahn ein sehr grosses Gebäude, welches zurzeit nur als Parkplatz genutzt wird. Ist der Stadtrat im Besitz einer Planung, die den Umbau oder die sinnvolle Nutzung dieses Gebäudes in Aussicht stellt?

Stadträtin P. Pedergnana: Es handelt sich um die Halle 52/53, die denkmalgeschützt ist. Die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen für diese Halle stehen. Es ist für den ganzen Bereich eine Testplanung durchgeführt worden. Im Anschluss wurde ein Gestaltungsplan von der Grundeigentümerin zusammen mit der Stadt ausgearbeitet. Der Gestaltungsplan ist rechtskräftig. Damit ist der Ball nicht mehr bei der Stadt. Der Gestaltungsplan sieht eine sehr dichte bauliche Nutzung gegen die Zürcherstrasse hin vor – das könnte zum Beispiel ein Hotel sein. Im Gegenzug soll die Halle in ihrer Grundstruktur und in ihrer Grossräumigkeit erhalten bleiben. Eine mögliche Nutzung wäre ein Kongressraum. Dieser Umgang mit der Halle würde auch dem Vertrag zwischen der Stadt Winterthur und der Grundeigentümerin entsprechen. Die weitere Umsetzung des Bauvorhabens ist Sache der Grundeigentümerin. Wie weit die Pläne gediehen sind, entzieht sich der Kenntnis des Stadtrates.

A. Steiner (GLP): Wasser, das nicht versickern kann, belastet Kanalisationen sowie Kläranlagen und lässt bei starken Regenfällen zudem Flüsse und Seen sehr schnell anschwellen, was zu Überschwemmungen führen kann. Der Bund und die Kantone haben entsprechend gesetzlich vorgeschrieben, möglichst wenige Flächen zu versiegeln, damit Regenwasser möglichst überall versickern kann. Wie ist es möglich, dass es bei einem neu überbauten Grundstück wie dem Scheco-Areal riesige versiegelte Parkflächen hat, auf welchen das Wasser unmöglich versickern kann?

Stadträtin P. Pedergnana: Das Bild, das A. Steiner zeigt, wirft tatsächlich Fragen auf, zeigt aber nur einen Teil der Wahrheit. Im ehemaligen Zustand war die Parzelle, die ca. 23'000 Quadratmeter umfasst, zu 90 % versiegelt. Ein Drittel des Oberflächenwassers floss direkt in die Kanalisation und zwei Drittel in die Eulach. Mit der Neuüberbauung konnte der Anteil der versiegelten Fläche verringert werden und umfasst noch die Hälfte der Grundstückfläche. Etwa 3'200 Quadratmeter, das Trottoir und die Parkplätze werden in die Eulach entwässert. Das Dachwasser, 6'300 Quadratmeter, wird unterirdisch in Sickergalerien geleitet und das Platzwasser der Wege und Plätze wird oberirdisch zwischen den Bauten ins Erdreich geführt. In die Kanalisation wird nur noch das Schmutzabwasser geleitet. Die Gesamtbilanz der Entwässerung wurde entscheidend verbessert. Der Entscheid, das Wasser von den Flächen zwischen den Fassaden und der Hegistrasse nicht versickern zu lassen, sondern in die Eulach abzuleiten, ist von der Bauherrschaft gemeinsam mit der Stadtentwässerung gefällt worden, weil die Versickerung eine relative tiefe Versickerungsmulde notwendig gemacht hätte. Die Entwässerung der Liegenschaft stimmt mit dem Entwässerungskonzept überein. Es handelt sich um ein Vorzeigebeispiel.

F. Albanese (CVP): Die Stadt Winterthur wird für den **Grundstückerwerb an der Ida-Sträuli-Strasse**, über 1000 Franken pro Quadratmeter an die bisherige Besitzerin Sulzer zahlen. Die gleiche Besitzerin hat nun in einem allen bekannten spektakulären Deal, ihre gesamten Winterthurer Grundstücke, zu einem fünf Mal tieferen Vorzugspreis von rund 200 Franken pro Quadratmeter, an Implenja verkauft. (82 Mio. Fr. für 400'000 m², laut Landbote). Wie sind diese enorm auseinanderklaffenden Quadratmeterpreise den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären? Verhandelt Implenja fünf Mal besser als die Stadt Winterthur?

Stadträtin V. Gick: Man darf nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Der Kauf eines Portefeuilles mit unterschiedlichen Liegenschaften ist mit dem Kauf eines Grundstücks in der Zone Z3 nicht zu vergleichen. Die Implenja hat das gesamte Portefeuille der Sulzer Immobilien gekauft. Dieses Portefeuille enthält eine grosse Vielfalt von Grundstücken mit verschiedensten Zonierungen – von teuren Grundstücken in der Zentrumszone bis hin zu Landwirtschaftsland, das nur noch 6 bis 10 Franken pro Quadratmeter kostet. Damit man den Preis, den die

Implenia bezahlt hat, beurteilen kann, müsste das Portefeuille genau analysiert werden können. Auch den Kaufvertrag müsste man unter die Lupe nehmen und die Lasten mit einrechnen, die von der Implenia übernommen worden sind. Nicht alle Grundstücke sind erschlossen, einige sind mit Abbruchobjekten belastet, zudem lasten auf den Arealen, die früher industriell genutzt worden sind, Altlasten. Allein für die Erschliessung und die Sanierung von Altlasten wird, gemäss einem Artikel im Landboten, mit Kosten von 40 Millionen gerechnet. Ob das stimmt, weiss die Stadträtin nicht. Aus diesen Gründen kann niemand beurteilen, wie günstig dieser Kauf effektiv ist. Beurteilen kann die Stadträtin aber den Kauf der Stadt an der Ida-Sträuli-Strasse. Es handelt sich um ein Grundstück in der Zentrumszone Z3. Sulzer hat ein Nachbargrundstück, das in der gleichen Zone liegt, ebenfalls verkauft. Der Wert des Landes stand damit fest. Die Stadt konnte Sulzer Immobilien immerhin einen Rabatt von 100 Franken pro Quadratmeter abringen, weil das Land für ein Schulhaus benötigt wird. Das ist eine faire Geste. Mehr konnte die Stadt nicht machen.

K. Cometta (GLP): Familie und Beruf sind oft nur dann vereinbar, wenn es Teilzeitstellen - für Frauen und Männer - gibt. Oft sind die durch die Stadt ausgeschriebenen qualifizierten Stellen, insbesondere solche mit Führungsfunktion, nur als Vollzeitstelle ausgeschrieben. Damit verzichtet die Stadt Winterthur auf ein grosses Potential gut qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Was unternimmt die Stadt, damit sie Kader-Stellen auch in Teilzeit anbieten kann?

Stadtpräsident E. Wohlwend: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für den Stadtrat ein wichtiges Anliegen. Als moderne Arbeitgeberin leistet die Stadt einen Beitrag, indem sie mehrere Aspekte berücksichtigt – grosszügige Urlaubsregelungen für Mütter und Väter, subventionierte Arbeitgeberkrippenplätze oder spezielle Weiterbildungsangebote für Eltern. Die Stadt bekennt sich zusätzlich zu verschiedenen Arbeitszeitmodellen und unterstützt und fördert die Teilzeitarbeit auf allen Stufen, wenn es mit dem Betrieb zu vereinbaren ist. Von den Führungskräften arbeiten zur Zeit 23 % Teilzeit, davon sind 73 % Frauen und 27 % Männer. Der Stadtrat hat das Anliegen in die Legislatorschwerpunkte aufgenommen. Die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit soll noch besser ausgeschöpft werden. Im Kapitel „effiziente und kundenorientierte Verwaltung“ steht: „In diesem Zusammenhang sollen zudem zur Optimierung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Möglichkeiten zur Teilzeitanstellung auch für Männer mit gezielten Massnahmen gefördert werden.“

Es geht darum dem Anliegen nach mehr Kaderstellen in Teilzeit Nachdruck zu verleihen, deshalb werden die Beauftragten für Gleichstellung diesen Herbst einen neuen Leitfaden herausgeben zum Thema Teilzeitarbeit. Darin gibt es ein Kapitel „Teilzeit im Kader“. In diesem Kapitel werden spezielle Fragen geklärt, die mit Teilzeitstellen im Kader zu tun haben. Darin ist auch ein Formular enthalten, mit dem überprüft werden kann, wie dieses Anliegen realisiert werden kann. Diese Publikation ist gleichzeitig der Auftakt zu einer Kampagne unter dem Titel „Wer teilt, gewinnt“. Dazu werden die Gleichstellungsbeauftragten auch zwei Anlässe organisieren. Eine Veranstaltung richtet sich explizit an die Kaderleute in der Stadtverwaltung und im Rahmen eines runden Tisches werden Führungskräfte ihre Erfahrung mit Teilzeitmitarbeitenden austauschen. Vor ca. 15 Jahren hat Stadtpräsident E. Wohlwend eine erste Teilzeitstelle im Vormundschaftsamt geschaffen, in der Bereichsleitung. Er hat damals dem Stadtrat versprechen müssen, nach zwei Jahren einen Bericht zu verfassen, um zu beweisen, dass es gut geht. Dieses Vorgehen hat sich bewährt. Deshalb ist klar, dass der Stadtrat sehr offen ist für dieses Anliegen, wenn die Arbeit es zulässt.

A. Bosshart (FDP): Seit dem 1. Juli wird nur noch der **städtische Kehrichtsack** akzeptiert. Der Wettbewerb der für Qualität und Innovation sorgt, fehlt nun leider. Da der neue Sack den qualitativen Ansprüchen von vielen Einwohnern nicht genügt, stellt sich folgende Frage: Wie wird die Qualität der Kehrichtsäcke garantiert? Gerne ist A. Bosshart bereit, einen Sack des Herstellers seines Vertrauens der Stadt zu Testzwecken zur Verfügung zu stellen.

Stadträtin P. Pedergnana: Alle Hinweise auf Qualitätsmängel nimmt die Stadt gerne entgegen und wird die Kritik an den Lieferanten weiterleiten, damit er das Produkt verbessern und optimieren kann. Man kann aber nicht einfach den Lieferanten wechseln. Denn das Leistungspaket „Belieferung der Verkaufsstellen mit Kehrtrichtsäcken und Sperrgutmarken“ wurde nach GATS/WTO Richtlinien an einen Bewerber mit einer Frist von 3 Jahren vergeben. Die Säcke müssen spezielle Ansprüche erfüllen. Ein wichtiges Zuschlagskriterium war ein hoher Recyclinganteil. Der Hersteller hat garantiert, dass er den sehr hohen Anteil von 80 % Recyclingmaterial einhält und trotzdem nicht auf die Norm verzichtet, denen die Säcke entsprechen müssen. Bei der Herstellung dieser Säcke gab es anfänglich Probleme. Ab und zu gibt es auch jetzt problematische Rollen. Diese Rollen werden aber anstandslos zurückgenommen und ersetzt. Bei einer normalen Handhabung sind diese Säcke robust genug. Sie werden aber manchmal übermässig beansprucht. Dann kann jedes Produkt reissen.

B. Dubochet (Grüne): Die Bundesverwaltung führt regelmässig **Mitarbeiterumfragen** bezüglich der "Arbeitszufriedenheit" durch. Gibt es solche Umfragen auch bei der Stadt Winterthur? Falls ja, wie sehen kurz zusammengefasst die Resultate aus?

Stadtpräsident E. Wohlwend: Die Stadtverwaltung führt alle drei Jahre eine umfassende Personalbefragung durch. Die Resultate werden veröffentlicht. Die letzte Befragung hat 2008 stattgefunden. Das statistische Amt des Kantons Zürich hat die Stadt dabei unterstützt. Die Resultate zeigen, dass die Stadtverwaltung Winterthur als attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen wird. 91 % der Befragten haben angegeben, dass sie ihre Arbeit gerne machen, 74 % der Befragten haben die Arbeitsbedingungen als gut oder sehr gut bezeichnet und würden sich wieder für die Stelle bewerben. 66 % der Befragten sind mit ihrer Arbeitssituation zufrieden oder sehr zufrieden. Als Resultat der Befragung wurden auch Schwachstellen erkannt. Die entsprechenden Departemente haben Verbesserungen eingeleitet. 2011 wird die nächste Personalbefragung stattfinden. Der Stadtrat hofft, dass dort wo Defizite festgestellt worden sind, Verbesserungen nachgewiesen werden können. Solche Befragungen sind ja in erster Linie in der Zeitreihe interessant.

R. Diener (Grüne): Vor dem **Schulhaus** am Westrand des neuen Eulachparks in Oberwinterthur wurde ein **Veloparkplatz** erstellt, welcher sowohl von den Schülern, wie auch von den Besuchern des Parks benutzt werden kann. Eltern, Schüler und Lehrer können nicht verstehen, dass nicht zumindest ein Teil der Parkierungsanlage überdacht wurde. Könnte man das nicht nachrüsten? Die Parkierungsanlage ist über einen breiten asphaltierten Weg sowohl von Norden (Hegifeld), wie von Süden (Neuhegi) her erschlossen. Von beiden Seiten her ist ein absolutes Fahrverbot (auch für Velos) signalisiert. Weshalb kann der Weg nicht für Velos freigegeben werden?

Stadtrat M. Gfeller: Grundsätzlich werden bei Schulhäusern nach einer Richtlinie von 2003 keine Veloparkplätze überdacht. Wenn man hier eine Ausnahme machen würde, müsste man auch bei anderen Schulhäusern die Abstellplätze überdachen. Bei einem Park werden die Veloabstellplätze grundsätzlich nicht überdacht, weil die Leute, die bei Regenwetter einen Park besuchen, ohnehin Wetterfest sind. Allenfalls kann auch ein Plastiksack über den Sattel gezogen werden. Wenn der Weg, der mit einem Fahrverbot belegt ist, der einzige Weg ist, um zu diesem Abstellplatz zu kommen, würde die Fahrverbotstafel nicht am richtigen Ort stehen. Der Stadtrat wird das überprüfen. Was den Eulachpark angeht, besteht eine Verbindung durch den Park, die mit dem Velo befahren werden kann. Den Rest des Parks will der Stadtrat frei halten für Fussgänger.

Stadtrat St. Fritschi hat heute Vormittag dem Schulhaus einen Besuch abgestattet. Der Zufall wollte es, dass es geregnet hat und sein Velo nass geworden ist. In der Nähe des Schulhauses gibt es überdachte Veloparkplätze. Die Richtlinien, die vor ca. 10 Jahren vom Departement Schule und Sport erstellt worden sind, stammen aus einer anderen Zeit. Das Mobilitätsverhalten der Schülerinnen und Schüler hat sich stark verändert. Stadtrat St. Frit-

schi wird in nächster Zeit diese Richtlinien mit der Zentralschulpflege diskutieren und überlegen, ob gewisse Anpassungen möglich sind. Für die Lehrpersonen muss eine bessere Situation geschaffen werden.

D. Schraft (Grüne) wurde im Bus von einer Frau angesprochen, die sich darüber beklagt hat, dass die **Beleuchtung des Stadthauses** bis nachts um 1.00 Uhr sie am Schlafen hindert. Wäre es möglich die Beleuchtungsdauer des Stadthauses und anderer Bauwerke am Abend und in der Nacht um eine oder zwei Stunden zu verkürzen?

Stadtrat M. Gfeller: Technisch ist sehr viel möglich. Man muss sich aber bewusst sein, dass das Stadthaus nicht so häufig beleuchtet ist. Für Kirchen und für das Stadthaus gibt es eine spezielle Schaltung für die Festbeleuchtung. Sie ist so programmiert, dass sie ausgeschaltet wird, wenn die öffentliche Beleuchtung der Strassen auf Halbbeleuchtung umgeschaltet wird. Von Montag bis Freitag wird die Festbeleuchtung nachts um 1.00 Uhr ausgeschaltet und Samstag und Sonntag um 2.00 Uhr. Dieser Zeitpunkt wurde aufgrund der Besucherfrequenzen in der Stadt gewählt. Die Leute halten sich häufig bis nachts um 1.00 oder 2.00 Uhr in der Stadt auf. Deshalb richtet sich die Strassenbeleuchtung nach diesen Zeiten. Als zweite Möglichkeit kann der Abwart des Stadthauses bei speziellen Anlässen die Festbeleuchtung einschalten. Dann richtet sich die Schaltuhr nach einer separaten Abschaltzeit um 00.30 Uhr. Selbstverständlich kann man über eine halbe Stunde mehr oder weniger diskutieren. Weil das Stadthaus aber nicht jede Nacht beleuchtet ist, ist es kaum von Bedeutung, ob die Beleuchtung eine halbe Stunde mehr oder weniger eingeschaltet ist. Wenn das Schlafproblem dieser Frau wirklich mit der Beleuchtung zusammenhängt, sollte sie überprüfen, ob Vorhänge oder Fensterläden zweckdienlich sind.

B. Meier (GLP): Seit 2007 hat die Stadt Winterthur einen **Klimafonds**, der vor allem von freiwilligen Beiträgen der Strombezügler gespeist wird. Wie viel CO₂ oder CO₂-Äquivalente wurden seit Bestehen des Fonds reduziert?

Stadtrat M. Gfeller: Der Klimafond ist ein Erfolg auch was die Beteiligung anbelangt. Sowohl Firmen- wie auch Einzelkundschaft beteiligen sich zu je 10 % am Klimafond. Die Wirtschaftskrise hat das Interesse der Firmenkundschaft zwar leicht gedämpft. Trotzdem ist der Erfolg beachtlich. Auch der Ausstoss von CO₂ konnte reduziert werden. Stadtrat M. Gfeller kann diese Reduktion aber nicht ganz genau quantifizieren. Ein Ziel des Klimafonds ist es, innovative Projekte zu fördern und Anstoss zu geben für weitere Forschungen. Hier kann der Stadtrat noch nicht genau sagen, wo dieser Weg hinführen wird. Ein sehr innovatives Projekt ist der Versuch das Methan von Deponien zu fassen und zu verbrennen. Methan ist 21 Mal schädlicher für das Klima als CO₂. Den Erfolg dieses Projekts kann der Stadtrat noch nicht beziffern, weil nicht bekannt ist, auf wie vielen Deponien das Verfahren angewendet werden kann. Der Versuch ist aber recht erfolgversprechend. Eine Grobschätzung ergibt eine Reduktion von 3'000 Tonnen CO₂ pro Jahr. Das wird sich noch steigern lassen. Speziell effizient in Bezug auf die CO₂ Reduktion sind Projekte, die mit der Biogasherstellung zusammenhängen, weil damit Erdgas ersetzt werden kann. Die 3'000 Tonnen CO₂ entsprechen etwa dem Ausstoss von 700 Einfamilienhäusern pro Jahr. Insgesamt ist der Klimafond ein Erfolg – es handelt sich um eine freiwillige Aktion. Das bestärkt den Stadtrat auf diesem Weg weiter voranzuschreiten.

F. Künzler (SP): Bewilligungspraxis für Openair-Theaterproduktionen in der Altstadt: Openair-Theaterproduktionen wie eben letzte Woche jene der Company Loutop (Contemporary Dance Nomads) sind eine grosse Bereicherung für das kulturelle Leben der Stadt. Das Eigen-Engagement solcher Gruppen ist selten lukrativ, und deshalb sind zusätzliche bürokratische Hindernisse der Verwaltung nicht sehr motivierend. Es ist stossend, dass der genannten Gruppe 1. der besser geeignete Kirchplatz als Spielort mit Hinweis auf eine nicht vorhandene Baustelle und 2. mangels Koordination mit einem Markt das wichtige Wochenende als Spielzeit auf dem Neumarkt verweigert wurde. Mit etwas Flexibilität wären Markt

und Theater problemlos nebeneinander möglich gewesen, denn eine zeitliche Überschneidung war nicht gegeben. Berücksichtigt man zudem die doch recht hohen Gebühren für den "Service" der Stadtverwaltung, bleibt insgesamt ein schaler Nachgeschmack zurück. Weshalb zeigt sich die Verwaltung derart restriktiv in Bezug auf die Bewilligung immissionsarmer Veranstaltungen? Was unternimmt der Stadtrat um das künftig zu ändern?

Stadtrat M. Künzle: Die Veranstaltung von Loutop hat erstmals 2008 anlässlich der Winterthurer Musikfestwochen stattgefunden. Aufgrund der Grösse der Bauten konnte die Veranstaltung nicht auf dem Kirchplatz durchgeführt werden. Einerseits hat die Musikfestwoche einen Teil der Fläche beansprucht und andererseits fand in diesem Jahr der Flohmarkt statt. Bereits bei der Anmeldung war klar, dass es Probleme mit diesem Datum geben wird. Grundsätzlich haben traditionelle Veranstaltungen wie ein Flohmarkt Vorrang gegenüber neuen Gesuchen. Die Standplätze für den Flohmarkt wurden bereits Anfang Jahr zugewiesen. Die Nachfrage ist sehr gross. Jährlich werden dutzende Interessenten abgewiesen. Die Stadt hat bereits früh mitgeteilt, dass diese Veranstaltung, wenn sie auf dem Neumarkt stattfinden soll, am Freitagabend beendet sein muss und der Platz sofort geräumt werden muss. Die Stadt hat auch andere Plätze angeboten, die von Loutop abgelehnt wurden. Letztendlich konnte Loutop in der Altstadt spielen. Der Stadtrat unterstützt private Engagements von kulturellen Gruppen. Das Beispiel zeigt aber, dass der öffentliche Raum in der Altstadt begrenzt ist. Er steht stark unter Druck. Der Stadtrat könnte die Plätze gleichzeitig an verschiedene Veranstalter vergeben – abgesehen von den traditionellen Anlässen wie Fastnacht, Albanifest, Musikfestwochen etc. Es stehen sich Interessen der Bewohner, des Gewerbes und verschiedener Veranstalter gegenüber. Die Altstadt soll der Puls der Stadt sein. Aber sie darf nicht zu einem Europapark verkommen. Die Aufgabe des Stadtrates ist es, die Balance zwischen den verschiedenen Interessen zu wahren. Das ist keine einfache Aufgabe zumal nicht immer alle zufriedengestellt werden können.

St. Nyffeler (SVP) wurde zugetragen, dass die Anwohner im Bereich Turmhalden-/Rosenstrasse angeschrieben wurden. Ihnen wurde mitgeteilt, dass der **Radweg**, der am 16. September 2010 offiziell eröffnet wird, aufgrund von Bauarbeiten schon bald wieder geschlossen werden soll – für ca. 2 Jahre. Weiss der Stadtrat über dieses Vorhaben Bescheid?

Stadträtin P. Pedergnana ist mit diesem Gerücht noch nicht konfrontiert worden. Die Eröffnung des Radweges findet am 16. September 2010 um 11.00 Uhr statt. Die Ratsmitglieder sind herzlich eingeladen.

St. Schär (SVP): Am 4. September 2010 hat auf dem Neumarkt eine **illegale Party** stattgefunden. Wieso hat die Stadtpolizei nicht hart durchgegriffen?

Stadtrat M. Künzle: Weil es letztendlich lediglich um Lärmklagen gegangen wäre. Das ist ein Problem. Was ist zu tun, unter dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit, wenn es letztendlich um Lärmklagen geht? Die Polizei war vor Ort. Stadtrat M. Künzle hat auf dem Heimweg von einem Anlass bemerkt, dass auf dem Neumarkt eine Veranstaltung stattfindet. Ihm war nicht bewusst, dass die Stadt eine Bewilligung erteilt hat. Einen Moment lang hat sich Stadtrat M. Künzle überlegt, ob er nachschauen soll. Er hat sich aber dagegen entschieden. Am nächsten Tag hat der Kommandant der Polizei angerufen und erklärt, dass der Entscheid weiterzugehen richtig war. Das zeigt, dass die Veranstaltung observiert wurde, die Stadtpolizei war vor Ort. Aus Verhältnismässigkeitsgründen wurde aber nicht eingegriffen, was in dieser Situation sicher richtig war. Etwas anderes ist es, wenn Sachbeschädigungen begangen werden oder wenn es zu weiteren Delikten kommt.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2009/129: Begründung des Postulats B. Günthard Fitze (EVP), B. Baltensberger (SP) und R. Diener (Grüne/AL) betreffend Leitbild sozialer Wohnungsbau

B. Günthard Fitze (EVP/EDU): Bereits zu Beginn der Sitzung wurde über das Thema sozialer Wohnungsbau debattiert. Es wird viel gebaut in Winterthur. In den neuen Legislaturzielen sind vorbildliche Ansätze festgehalten – der Stadtrat will Wohnraum für alle Bedürfnisse bereitstellen. Zudem will er eine Auswertung vornehmen und die Wohnungspolitik überarbeiten. Er schreibt, dass der vorhandene Wohnraum nicht zu stark unter Druck geraten dürfe, und dass bedarfsgerechte Angebote für besondere Lebenssituationen nach wie vor sehr wichtig seien. Zurzeit findet eine Ausstellung statt, die daran erinnert, dass auch Personen mit wenig Einkommen in der Stadt leben. Die Zahlen sinken nicht, dessen müssen sich die Ratsmitglieder bewusst sein. Ein klares Leitbild würde helfen die Wohnbausituation zu klären und genossenschaftliche Wohnformen zu fördern. Die Diskussion im Talgut beweist, dass grosser Zündstoff vorhanden ist. Die Legislaturziele würden zusammen mit einem Leitbild in diesem Bereich konkretisiert. B. Günthard Fitze bittet die Ratsmitglieder, der Überweisung des Postulats zuzustimmen.

M. Zeugin (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag. Und zwar nicht, weil sie gegen den sozialen Wohnungsbau ist oder weil sie der Meinung ist, es brauche keine Leitlinien. Das Postulat verkennt aber die Lage in Winterthur. Der eigentliche Handlungsbedarf im Bereich Gebäude und Wohnen ist vor allem in Bezug auf den ökologischen Wohnungsbau gegeben. Der ökologische Wohnbau ist seit Jahren ein Bestandteil der Legislaturschwerpunkte. Der Gebäudestandard 2008 ist ebenfalls ein Ziel des Stadtrates. Regelmässig werden vom Stadtrat aber Projekte realisiert, die diese Ziele nicht erreichen – auch im Bereich Wohnungsbau. Ökologisches Bauen ist zu oft ein Lippenbekenntnis und effektive Massnahmen bleiben oftmals aus. Es ist unverständlich, warum Vertreter des Gemeinderates die Anträge der GLP/PP-Fraktion jeweils nicht unterstützen. M. Zeugin erinnert an das Projekt Feldeggstrasse. Ein Antrag der GLP/PP-Fraktion nach mehr Ökologie wurde vom Gemeinderat abgelehnt. Genau diesem Geist entspricht dieses Postulat. Der Auftrag ist klar, der Stadtrat wird eingeladen ein Leitbild zu erarbeiten zum sozialen Wohnungsbau. Lediglich weiter unten wird im Text fast beiläufig auf die Ökologie hingewiesen.

Das Wissen darum, wie Stadt- und Gemeinderat in der Vergangenheit mit dem Gebäudestandard, mit der Gebäudeökologie und mit nachhaltigen, effizienten Energielösungen umgegangen sind, bringt die GLP/PP-Fraktion dazu, das Postulat abzulehnen. Sozialer Wohnungsbau und ökologisches Bauen werden leider immer wieder gegeneinander ausgespielt. Winterthur ist Energiestadt und ein Standort, der den Wirtschaftscluster Energie aufbauen will. Deshalb entscheiden Taten nicht Worte. Ökologisches Bauen und sozialer Wohnungsbau dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die GLP/PP-Fraktion bietet deshalb Hand für ein Postulat, das ökologisches Bauen und soziales Bauen gleich gewichtet. Ein Hinweis auf die Wirtschaftlichkeit: Ökologische Investitionen lohnen sich auch für die Mieter und damit auch für den sozialen Wohnungsbau. Denn je länger je mehr werden die Energiepreise einen höheren Anteil an den Mieten ausmachen. Deshalb lohnen sich die Investitionen in diesem Bereich auch sozial.

B. Baltensberger (SP) bedauert, dass M. Zeugin das Postulat ablehnt. Er erklärt, dass der soziale Wohnungsbau nicht gegen ökologisches Bauen ausgespielt werden darf und macht genau das mit seiner Ablehnung. Winterthur ist eine gute Wohnstadt. In den letzten Jahren wurde viel gebaut. Die Bevölkerung wächst und es sind noch leere Wohnungen vorhanden. Die soziale Durchmischung ist aber völlig auf der Strecke geblieben. Die Politik trägt Verantwortung für diese Entwicklung und ihre Folgen. Wenn die Stadt nicht alles unternimmt, was in ihrem Einflussbereich steht, muss an den sozialen Brennpunkten mehr Polizei eingesetzt werden. Zudem müssen weitere Massnahmen, die einer guten Wohnqualität abkömmlich

sind und hohe Kosten verursachen, umgesetzt werden. B. Baltensberger bittet die Ratsmitglieder, das Postulat zu überweisen. Nur die Berücksichtigung beider Aspekte - sozialer und ökologischer Wohnungsbau – bringt die Stadt weiter.

R. Diener (Grüne/AL) plädiert dafür, dass auf der Grundlage dieses Postulates weiter gearbeitet wird. Die Leitlinien, die sich der Stadtrat in den neuen Legislatorschwerpunkten gegeben hat, sind eine wichtige Basis für zukünftiges Arbeiten. Das nimmt die Grüne/AL-Fraktion zur Kenntnis. Darin steht, dass es Ziel der Wohnungspolitik ist für alle Einwohner von Winterthur bedürfnisgerechte Wohngelegenheiten bereit zu stellen. Das ist klar ein sozialer Auftrag. Es kann nicht sein, dass nur für eine bestimmte Gruppe Wohnraum angeboten wird. Bei genauerem Hinsehen kommt man aber zum Schluss, dass ein grosser Teil des Wohnraums auf das höhere und obere Segment ausgerichtet ist. Leider wurde nicht einmal in diesem Segment der ökologische Aspekt ausreichend berücksichtigt. Was noch viel wichtiger ist, dass Wohnungen im obersten Segment oft nicht verkauft werden können. Guter Wohnraum bringt nicht automatisch gute Steuerzahler in die Stadt. Die Stadt muss dafür besorgt sein, dass auch für Leute, die nicht über viel Geld verfügen, guter Wohnraum verfügbar ist. Selbstverständlich muss die Ökologie berücksichtigt werden. Unter dem Aspekt, dass für alle Wohnraum bereitgestellt werden muss, ist es wichtig, dass das Schwergewicht auf den sozialen Wohnungsbau gelegt wird und damit eine Wohnbaupolitik realisiert wird, die für alle einen guten Boden bildet.

W. Schurter (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt den Ablehnungsantrag der GLP. Gemäss den neuen Legislatorschwerpunkten wird der Stadtrat ein Auge darauf haben, dass günstiger Wohnraum in den Quartieren nicht allzu stark unter Druck kommt. Vor allem die Wohnbaugenossenschaften spielen eine wichtige Rolle. Mit speziellen Wohnangeboten soll eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur mit einer guten Durchmischung angestrebt werden, die dem kantonalen Durchschnitt entspricht. Der Stadtrat hat sich selber den Auftrag erteilt, die Wohnungspolitik in Winterthur zu überarbeiten. Diese umfasst alle Bereiche – mittleren, teuren und vor allem auch günstigen Wohnraum. Die CVP erachtet das Postulat als nicht notwendig, weil der Stadtrat die Arbeit bereits aufgenommen hat.

M. Wenger (FDP): Auch die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab. In der Wohnpolitik 2005 sind Strategie und Schwerpunkte definiert. Auch im Titel der Legislatorschwerpunkte ist der Wohnraum für alle Bedürfnisse aufgeführt. Der richtige Mix von günstigem Wohnraum und Wohnraum für anspruchsvolle Bedürfnisse ist wichtig. Ein weiteres Leitbild hilft wenig. M. Wenger bittet die Ratsmitglieder, das Postulat abzulehnen.

R. Keller (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt eine Überweisung des Postulats nicht. Sie ist überzeugt, dass es genügend soziale Wohnräume in der Stadt gibt. Die SVP appelliert an den Stadtrat, den bestehenden Wohnräumen Sorge zu tragen.

J. Würgler (SP): Das Wohnbauleitbild 2005 des Stadtrates wurde von einem Vorredner erwähnt. Genau dieses Leitbild geht in die falsche Richtung. Der Stadtrat hat sich in den letzten Jahren zum Spekulanten gemacht und verkauft an Spekulanten. Deshalb ist es wichtig, dass sich der Stadtrat in den neuen Legislaturzielen zum sozialen Wohnungsbau bekennt. Dieses Bekenntnis muss er noch ausdeutschen. Wenn ein Postulat nicht genau den eigenen Vorstellungen entspricht, muss es nicht abgelehnt werden – wie das die GLP/PP-Fraktion beantragt. Man könnte auch Tempo machen und mindestens im sozialen Bereich weiterarbeiten. Das vorliegende Postulat geht in eine gute Richtung. Der Gemeinderat muss nicht die Postulatsantwort vorwegnehmen. Der Stadtrat wird in seiner Antwort andere Einwände vorbringen. In Winterthur ist der Bestand an Altwohnungen hoch, der Ortsbildschutz muss berücksichtigt werden etc. J. Würgler schlägt den Grünliberalen vor, das Postulat zu unterstützen. Der ökologische Aspekt wird in die Postulatsantwort einfließen. Ökologie und sozialer Wohnungsbau sind zwei gleichwertige Faktoren. J. Würgler bitte die Ratsmitglieder, dieses Postulat zu unterstützen.

M. Zeugin (GLP/PP): Das ist genau der Punkt. Im Auftrag an den Stadtrat wird die Ökologie nicht ausdrücklich erwähnt, sondern lediglich in der Begründung als weiterer Faktor. In diesem Postulat ist der Grundauftrag klar. Die GLP/PP-Fraktion will nicht einseitig ein Anliegen unterstützen.

B. Günthard Fitze (EVP/EDU) hält es für Wortklauberei, wenn erklärt wird, dass im Titel ausschliesslich von sozialem Wohnungsbau die Rede ist. Es ist klar und steht auch in der Begründung, dass sozialer Wohnungsbau auch energetische Standards erfüllen muss. Im Postulat geht es um bezahlbaren und ökologischen Wohnraum. Es ist unverständlich, dass das Postulat zum Voraus abgelehnt wird, ohne die Antwort des Stadtrates abzuwarten.

Stadtpräsident E. Wohlwend: Der Gemeinderat wird einen weisen Entscheid fällen. Die Aussagen des Stadtrates zur sozialen Wohnbaupolitik sind von den Ratsmitgliedern bereits erwähnt worden.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Ablehnungsantrag der GLP/PP-Fraktion abstimmen.

Der Rat lehnt das Postulat mit sofortiger Wirkung mit 30 zu 26 Stimmen ab.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2009/086: Beantwortung der Interpellation B. Günthard Fitze (EVP) betreffend Zusammenlegung Feuerwehr und Zivilschutz zu einer Organisation

B. Günthard Fitze (EVP/EDU): Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Die Unabhängigkeit dieser beiden Verwaltungseinheiten wird offenbar gehütet wie ein Augapfel. In der Antwort wird nur erwähnt, warum eine Zusammenlegung nicht sinnvoll wäre. Andere Gedanken werden nicht in Erwägung gezogen. In der Einführung werden die 43 Vollzeitstellen bei der Berufsfeuerwehr, die 120 Personen der freiwilligen Feuerwehr und die 20 Vollzeitstellen des Zivilschutzes erwähnt. Nur schon die Anzahl der Personen stellt in Frage, warum grössere Einheiten nicht möglich und sinnvoll sind. Frage 1: Dass die Aufgaben der beiden Organisationen nicht dieselben sind, ist klar. Sie ergänzen sich aber gegenseitig. Synergien könnten besser genutzt werden. Frage 2 und 4: Es ist interessant, dass bei den beiden Organisationen in der städtischen Verwaltung, zum Beispiel Alter und Pflege die Einheiten immer grösser werden – zwecks Einsparung von Kaderstellen. Für Feuerwehr und Zivilschutz wird diese Möglichkeit aber in Abrede gestellt. Dort würden – gemäss Aussage des Stadtrates – durch eine Zusammenlegung mehr Hierarchiestufen entstehen und der Verwaltungsapparat würde aufgeblasen. Wieso ist in anderen vergleichbaren Städten eine Zusammenlegung möglich? Kommt es darauf an, ob mehr Frauen oder Männer in einem Departement arbeiten? Bei der Feuerwehr und im Zivilschutz arbeiten vor allem Männer. Es wird in Abrede gestellt, dass bei einer Zusammenlegung gespart werden könnte. Damit wird aber nur eine Seite der Medaille beleuchtet. Frage 3: Dass nicht alle Blaulichtorganisationen zusammengelegt werden können, ist nachvollziehbar. B. Günthard Fitze hofft aber auf Veränderungen und darauf, dass alte Zöpfe abgeschnitten werden, um sinnvolle Synergien zu nutzen und zu fördern. Die EVP/EDU-Fraktion nimmt die Antwort im negativen Sinn zur Kenntnis.

J. Lisibach (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Die Interpellation ist zweifelsohne interessant, sie kann aber nicht einfach mit Ja oder Nein beantwortet werden. Auch die entsprechenden Chefs sind sich offensichtlich nicht einig, ob eine Zusammenlegung sinnvoll wäre. Die Interpellantin schlägt eine Organisation nach dem Muster von Schutz und Rettung in Zürich vor. Nicht alles, was in Zürich funktioniert, ist auch für Winterthur geeignet. In Winterthur ist der Rettungsdienst dem Kantonsspital angegliedert und dürfte

schwer zu Schutz und Rettung Winterthur zu schlagen sein. Ohne Zweifel macht es Sinn über einzelne Kooperationen nachzudenken. So stellt sich die Frage, was mit den Mitarbeitenden der Berufsfeuerwehr geschehen soll, die gesundheitlich nicht mehr in der Lage sind ihren Beruf auszuüben. Jeder Angehörige der Berufsfeuerwehr muss regelmässig medizinische Tests bestehen und das bis zur Pensionierung. Sobald eine Person nicht mehr voll einsetzbar ist, entstehen Probleme. Wo und wie sollen diese Personen eingesetzt werden? Innerhalb der Feuerwehr sind die Möglichkeiten beschränkt. Der Einsatz im Zivilschutz könnte eine Alternative darstellen. In absehbarer Zeit wird in der Werkstatt des Zivilschutzes eine Stelle frei, damit bietet sich eine Möglichkeit für eine sinnvolle Zusammenarbeit. Allerdings müssen auch die beiden Organisationen die Schnittstellen überdenken. Wie in der Antwort zu lesen ist, unterstützen 120 Personen der freiwilligen Feuerwehr die Berufsfeuerwehr. Der Kommandant der freiwilligen Feuerwehr ist beruflich Offizier im Zivilschutz. Diese Personalunion wird wegfallen, wenn der Mann altershalber das Amt als Kommandant abgibt. Hier müsste eine sinnvolle operative Schnittstelle gefunden werden. Beide Organisationen sind gefordert. Um ein Sparpotential abschätzen zu können, müssten genauere Angaben vorliegen. Bei der Beantwortung dieser Fragen waren die Bemühungen des Stadtrates tatsächlich nicht gross. Die SVP-Fraktion hält die Zusammenlegung von Feuerwehr und Zivilschutz momentan nicht für sinnvoll.

Ch. Denzler (FDP): Die FDP dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort und nimmt sie im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Offenbar sind die beiden Verwaltungseinheiten zu unterschiedlich – sowohl in Bezug auf die zu lösenden Aufgaben als auch in der Struktur. Damit macht eine Zusammenführung wenig Sinn. Trotzdem ist es erfreulich zu hören, dass beide Organisationen in verschiedenen Bereichen zusammenarbeiten und Synergien genutzt werden. Weil keine finanziellen Vorteile durch eine Zusammenführung zu erwarten sind, ist es zurzeit nicht opportun, die Organisationen zusammenzulegen. Eine Zusammenlegung würde sogar Mehrkosten verursachen. Frage 3: Schutz und Rettung in Zürich ist schweizweit die grösste Organisation in diesem Bereich. Sie eignet sich aber nicht als Vorbild für Winterthur. Der Rettungsdienst ist in Winterthur dem Kantonsspital angegliedert. Damit unterscheiden sich die beiden Rettungssysteme in wesentlichen Punkten. Zudem fehlen die finanziellen und personellen Ressourcen, um eine Organisation im vorgeschlagenen Rahmen aufzuziehen.

A. Daurü (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Interpellationsantwort. Die SP hat sich bereits früher Gedanken gemacht über die Zusammenlegung beziehungsweise Gründung einer Verwaltungsabteilung der Rettungsorganisationen auf dem Platz Winterthur – analog zu Schutz und Rettung in der Stadt Zürich. Ein solcher Zusammenschluss sollte nicht ausschliesslich aufgrund finanzieller Aspekte geprüft werden, sondern aufgrund einer möglichen Optimierung der Ressourcen und Steigerung der Effizienz, der jeweiligen Organisation. Laut der Interpellationsantwort hat der Stadtrat einen Zusammenschluss bereits im Rahmen von HS04 überprüft und ist zum Schluss gekommen, dass der Zusammenschluss keinen substanziellen Gewinn bringen würde. Die Begründung des Stadtrates zur Frage 2 nimmt die SP zur Kenntnis. Sie ist zum jetzigen Zeitpunkt nachvollziehbar. Eine Zusammenarbeit von Feuerwehr und Zivilschutz muss aber unbedingt im bisherigen Rahmen weitergeführt werden. Weiter Möglichkeiten zur Zusammenarbeit müssen regelmässig geprüft werden. Es ist erfreulich, dass der Stadtrat sich in der Antwort zur Frage 2 klar zu einer Zusammenarbeit bekennt und die Bewältigung von aussergewöhnlichen Situationen in der kommenden Legislatur weiterhin umfassend prüfen will. Ein Zusammenschluss von städtischen Blaulichtorganisationen könnte zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoll sein, trotz eventueller Mehrkosten zu Beginn einer Umstrukturierung. Gut funktionierende Rettungsorganisationen führen zu einem positiven Sicherheitsgefühl der städtischen Bevölkerung.

W. Schurter (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nimmt die Antwort im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Die Ausführungen des Stadtrates, warum eine Zusammenführung der Feuerwehr und des Zivilschutzes nicht sinnvoll ist, kann die CVP nachvollziehen. Da in einigen Städten die beiden Bereiche zusammengelegt worden sind, wäre es interessant zu erfahren, warum die Städte diesen Schritt

gewagt haben und welche Resultate erzielt worden sind. Im Gegenzug wäre auch die Begründung der Städte spannend, die eine Zusammenlegung ablehnen. Die CVP geht davon aus, dass der Stadtrat die Kooperationsfelder und Schnittstellen zwischen dem Zivilschutz und der Feuerwehr laufend überprüft und entsprechende Massnahmen ergreift.

K. Cometta (GLP/PP): Die Antwort des Stadtrates ist für die GLP/PP-Fraktion nachvollziehbar auch wenn sie nicht wirklich überprüfbar ist. Die Zusammenarbeit und die Koordination zwischen den beiden Stellen muss weiterhin überprüft und vertieft werden. Allenfalls muss zu einem späteren Zeitpunkt eine Zusammenlegung erneut diskutiert werden. In diesem Sinne nimmt die GLP/PP-Fraktion im zustimmenden Sinn von der Antwort Kenntnis.

Stadtrat M. Künzle: Es gibt Gründe für eine Zusammenlegung und es gibt Gründe dagegen. Deshalb haben einige Städte die beiden Organisationen zusammengelegt. Andere haben das bewusst unterlassen. Stadtrat M. Künzle hat diverse Gespräche geführt und verschiedenen Argumente für und gegen eine Zusammenlegung gehört. Eine Zusammenlegung kann nicht mit Sparmassnahmen begründet werden. Sie ermöglicht aber die Bildung grösserer Einheiten, dadurch können Personalprobleme besser gelöst werden. Die Feuerwehr hat Probleme. Die Leistungsnormen der Gebäudeversicherung können nachts kaum mehr eingehalten werden. Es ist schwierig für jemanden mit 58 noch mitten in der Nacht die Leiter hinaufzuziehen. Die Feuerwehr hat zudem mit dem Strassenverkehr und mit längeren Anfahrtswegen zu kämpfen. Auch die Belastung der Feuerwehr steigt in der wachsenden Stadt. Die Feuerwehr steht unter Druck. Dem Personal sollen auch Stellen im rückwärtigen Bereich angeboten werden, damit sie nicht mehr an der Front arbeiten müssen. Diese Stellen gibt es beim Zivilschutz. Solche Umplatzierungen werden bereits geprüft.

Zivilschutz, Berufsfeuerwehr aber auch andere Verwaltungszweige arbeiten zusammen. Es geht nicht darum alte Zöpfe abzuschneiden. Der Zivilschutz hat in den letzten Jahren bewiesen, dass er flexibel ist. Er ist redimensioniert und umorganisiert worden. Zum Teil hat er eine neue Ausrichtung erhalten. Aufgaben, Entscheidungs- und Einsatzabläufe unterscheiden sich in den beiden Organisationen. Während die Feuerwehr eher kantonal ausgerichtet ist, ist es der Zivilschutz eher national. Die Feuerwehr ist eine Alarmorganisation und rückt sofort aus. Der Zivilschutz bildet die zweite Welle. Beim Einsatz des Zivilschutzes sind wirtschaftliche und zum Teil politische Überlegungen heranzuziehen. Immer häufiger werden Leistungen für das Gemeinwesen erbracht, sei es im Gesundheitswesen, sei es gemeinsam mit den technischen Betrieben. Die Organisationen müssen immer wieder überprüft werden, auch was die Zusammenarbeit betrifft. Die Feuerwehr wird sich in den nächsten Jahren weiterentwickeln müssen. Ein Projekt wurde bereits gestartet. Das Problem, wie mit den Mitarbeitenden umgegangen werden soll, die Probleme haben weiterhin an der Front zu arbeiten. Muss gelöst werden. Zudem werden die Strukturen immer wieder bereinigt. Das wird in den nächsten Jahren eine ständige Aufgabe sein. Die Entwicklung muss ständig beobachtet werden. Auch die Frage, ob Zusammenlegungen Sinn machen, muss immer wieder geprüft werden. Eine Organisationsänderung drängt sich oft dann auf, wenn auch personelle Veränderungen anstehen. Beide Organisationen verfügen zurzeit über hervorragende Kommandanten. Es gibt keinen Grund für diesbezügliche Änderungen.

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit ist die Interpellation erledigt und abgeschrieben.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2009/097: Beantwortung der Interpellation W. Badertscher (SVP) betreffend Jugendsozialarbeit in Winterthur

W. Badertscher (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Frage 1: Zwei- bis dreimal jährlich findet ein Informationsaustausch mit dem Jugenddienst der Stadt Winterthur statt. Der Informationsaustausch sollte aber situationsbezogen erfolgen – das heisst dann wenn es brennt. Nach dem Motto, wehret den Anfängen. Frage 4 wurde vom Stadtrat

nicht beantwortet. Stattdessen werden Grundsätze zitiert. Dass Menschen – Jugendliche und Erwachsene – mit hohem Alkohol- und Drogenkonsum nicht kommunikationsfähig sind, ist nicht erst seit gestern bekannt. Frage 6 wurde nicht beantwortet. Frage 7: Es ist sicher eine Abwechslung für Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter sich ein Fussballspiel anzusehen. Ein eingefleischter Fan wird sich mit dem Jugendarbeiter aber kaum während eines Spiels unterhalten. Die Frage der erbrachten Einsatzstunden wurde nicht beantwortet. Frage 8: Auch hier fehlt eine konkrete Antwort. Dass je nach Situation Abend- und Nachtdienst eingeplant wird, ist normal. Mit dieser Frage wollte W. Badertscher die konkrete Anzahl der Stunden erfahren. Der Stadtrat hält sich bedeckt. Frage 9: Auch hier werden keine konkreten Zahlen genannt. Es wird lediglich auf die Grundsätze verwiesen. Zusammenfassend ist folgendes festzustellen: Dem Stadtrat stehen keine konkreten Zahlen zur Verfügung aber er weiss genau, dass die Vorgaben von Seiten der Jugendarbeit erfüllt werden. Daher ist zu vermuten, dass der Stadtrat nicht daran interessiert ist, mit offenen Karten zu spielen. Die SVP-Fraktion nimmt die Interpellationsantwort im ablehnenden Sinn zur Kenntnis.

B. Günthard Fitze (EVP/EDU): Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Aus der Antwort ist der Unterschied zwischen Mojawi und dem Jugenddienst der Stadtpolizei klar ersichtlich. Dass Mojawi keine Jugendpolizei sein soll, ist richtig. Es ist die Aufgabe der Jugendsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter Beziehungen zu knüpfen, Gespräche zu führen, präventiv zu wirken und spezielle Aktivitäten anzubieten. Dass das nicht mitten in der Nacht stattfinden kann, ist nachvollziehbar. In der Antwort kann nachgelesen werden, dass Mojawi die Arbeit den Problemen der Jugendlichen anpasst. Der Jugenddienst der Stadtpolizei hat andere Aufgaben, das ist auch gut so. Die EVP/EDU-Fraktion nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis.

Ch. Denzler (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und nimmt sie im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Es macht Sinn, dass die Mitarbeitenden von Mojawi nicht mit dem Jugenddienst der Stadtpolizei zusammen patrouillieren. Aus der Antwort geht klar hervor, dass sich vor allem der Jugenddienst nachts und an Wochenenden an den Brennpunkten aufhält und dass sich die Mitarbeitenden von Mojawi eher präventiven Einsätzen widmet. Es stellt sich die Frage, ob die Prävention nicht auch an Wochenenden sinnvoll gestaltet werden könnte – bevor sich die Jugendlichen sinnlos betrinken. Die Frage, wie viele Stunden Mitarbeitende von Mojawi nachts arbeiten, hat der Stadtrat nicht beantwortet. Mehr Einwände hat die FDP nicht anzubringen. Sie ist aber beeindruckt von der Höhe des personellen Aufwandes des Jugenddienstes der Stadtpolizei – vor allem nachts und an den Wochenenden.

A. Daurù (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und stimmt ihr zu. Die Fragen, die Ratskollege W. Badertscher in der Interpellation stellt, wurden in der Vergangenheit mehrfach in der Kommission für Sicherheit und Soziales vom Stadtrat, den zuständigen Personen von Mojawi und dem Jugenddienst der Stadtpolizei ausführlich beantwortet. Aus der Antwort des Stadtrates geht klar hervor, wie wichtig die beiden Institutionen Mojawi und Jugenddienst gerade im Sinne eines umfassenden Sicherheitsverständnisses sind. Nicht nur Repression und Intervention sind ein Schlüssel für eine erfolgreiche Jugendarbeit in einer Grossstadt wie Winterthur, sondern auch Prävention, Früherkennung von Problemzonen und Nutzungskonflikten sowie die gegenseitige Vernetzung und der Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen zwischen den beiden Institutionen Jugenddienst der Stadtpolizei und Mojawi. Das Konzept ist erfolgreich und wird es auch weiterhin sein.

W. Schurter (CVP): Auch die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis. Die Aufgabenteilung zwischen den Mitarbeitenden von Mojawi und dem Jugenddienst der Stadtpolizei ist zweckmässig, lagegerecht und effektiv. Der direkte oder indirekte Kontakt mit Jugendlichen ist zentral für die Gassenarbeit. Dieses Vorgehen ist in Winterthur recht erfolgreich. Die CVP geht davon aus, dass sich die Einsatzzeiten der beiden Dienste bei veränderter Lage entsprechend anpassen werden.

K. Cometta (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und nimmt sie im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Der Informationsaustausch zwischen Mojawi und dem Jugenddienst der Stadtpolizei ist wichtig. Aber noch wichtiger ist, dass beide Organisationen getrennt auftreten können. Sie haben unterschiedliche Aufgaben. Der Jugenddienst muss das Gesetz durchsetzen. Die Mitarbeitenden von Mojawi müssen mit den Jugendlichen zusammenarbeiten, Vertrauen bilden und ihnen wichtige Grundlagen mit auf den Weg geben. Deshalb würden sich gemeinsame Rundgänge auf die Arbeit von Mojawi störend auswirken. Die aufsuchende Jugendarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der offenen Jugendarbeit. Es ist auch im Sinne der Prävention wichtig, dass den Jugendlichen konkrete Hilfe angeboten werden kann.

D. Berger (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Wie bereits erwähnt, wurde dieses Thema in der Kommission mehrfach behandelt. Daher gibt es zu dieser Antwort nicht viel zu sagen. Die Fragen wurden beantwortet. Die Anzahl Stunden, die Mojawi nachts arbeitet, hat der Stadtrat zwar nicht angegeben. In der Antwort steht aber, dass die Mitarbeitenden von Mojawi bis 23.00 Uhr arbeiten. Je nach dem wie man die Nacht definiert, wird nachts also gearbeitet oder auch nicht. Es geht jetzt nur noch darum der SVP den Unterschied zwischen Mojawi und dem Jugenddienst der Stadtpolizei zu erklären.

W. Badertscher (SVP): Die SVP kennt den Unterschied zwischen den beiden Organisationen. W. Badertscher will aber die Einsatzzeiten erfahren, damit abgeschätzt werden kann, wie viele Stunden in der Prävention geleistet werden. Zum anderen ist die angesprochene Vernetzung ungenügend, weil die Sitzungen lediglich zwei- bis dreimal pro Jahr stattfinden. Dieser Austausch müsste aber situationsbezogen sein, damit im Sinne der Prävention frühzeitig gehandelt werden kann. Zudem fehlen die konkreten Zahlen in der Antwort.

Stadtrat N. Galladé dankt den Ratsmitgliedern für die Debatte rund um die mobile Jugendarbeit. Sie knüpft an die Debatte an, die im Juni des vergangenen Jahres geführt worden ist. Der Gemeinderat hat den Kredit von Mojawi nicht nur bis ins Jahr 2013 bestätigt, er hat auch der Aufstockung von 50'000 Franken zugestimmt. Stadtrat N. Galladé bedankt sich für das Vertrauen in die mobile Jugendarbeit. Diese Investition lohnt sich. W. Badertscher hat den Austausch, der zwei- bis dreimal jährlich stattfindet, angesprochen. Dabei handelt es sich um den institutionalisierten Austausch. Wenn nötig werden situationsbezogen laufend Informationen ausgetauscht. Der Austausch wird soweit institutionalisiert wie nötig. Es ist aber möglich, weitere Besprechungen anzusetzen. In der Kommunikation zwischen dem Jugenddienst der Polizei und Mojawi gibt es keine Probleme – im Gegenteil die departementsübergreifende Zusammenarbeit ist beispielhaft.

Stadtrat N. Galladé hat sich bei der mobilen Jugendarbeit erkundigt, wie viele Stunden nachts gearbeitet werden. Die Nachtarbeit ist immer auch eine Frage der Ressourcen. Einsatzstunden von Mojawi: Zwischen 17.00 und 21.00 Uhr sind rund 500 Stunden zu verzeichnen und zwischen 21.00 und 23.00 Uhr wurden rund 1'000 Stunden aufgewendet. Das sind 1'500 Stunden, in denen zu einer relativ späten Zeit gearbeitet worden ist. 2009 verfügte die mobile Jugendarbeit über 2,3 Stellen plus einer Praktikumsstelle im Umfang von 80 %. Das bedeutet, dass ein grosser Teil der Zeit abends und nachts gearbeitet wurde. Wenn man das Angebot ausbauen will, müssen auch mehr Mittel gesprochen werden. Es ist wichtig die Abgrenzung der mobilen Jugendarbeit und die Zusammenarbeit mit der Polizei zu beleuchten. Jugendarbeit besteht aus drei Teilbereichen – Verbandsjugendarbeit, Vereinsjugendarbeit und offene Jugendarbeit. Zur offenen Jugendarbeit gehören die Jugendtreffs in den Quartieren, verschiedene Projekte und die mobile Jugendarbeit. Alle genannten Institutionen werden ganz oder teilweise von der Stadt unterstützt, verbunden mit einem Leistungsauftrag, wenn es sich um städtische Institutionen handelt. Der aufsuchenden Jugendarbeit kommt der gleiche Stellenwert zu wie allen anderen Formen der Jugendarbeit, weil nicht alle Jugendlichen in Vereinen oder Verbänden organisiert sind und oftmals den öffentlichen Raum als Treffpunkt nutzen. Es geht auch darum mit Jugendlichen in Kontakt zu treten, auf Angebote hinzuweisen und Wünsche und Bedürfnisse der Jugendlichen aufzunehmen. Daraus geht hervor, dass es der Polizei – weder dem Jugenddienst noch anderen Abteilungen – nicht möglich ist, die aufsuchende Jugendarbeit zu übernehmen, weil Polizisten keine Ju-

gendarbeiter sind, sowenig wie Jugendarbeiterinnen Polizisten sind. Es gibt einen Austausch und es gibt Schnittstellen. Die Kundschaft ist zum Teil die gleiche. Deshalb werden wichtige Absprachen getroffen. Oft haben die Mitarbeitenden von Mojawi und die Polizei mit den gleichen Jugendlichen zu tun, weil der öffentliche Raum oft von ihnen genutzt wird und es zu Konflikten kommen kann.

Vorgestern war Stadtrat N. Galladé an der Eröffnung einer Skater-Anlage im Schulhaus Schachen. Anfang Jahr haben zwei Jugendliche eine Petition für diese Anlage eingereicht. Die Jugenddelegierte hat daraufhin verschiedene Kontakte geknüpft und Standorte evaluiert. Schlussendlich wurde das Schulhaus Schachen als Standort gewählt. Gewisse Anwohnende haben sich skeptisch geäußert. Es gehört zur Arbeit von Mojawi, solchen Konflikten Rechnung zu tragen und darauf einzugehen, in dem sie zum Beispiel ein Nutzungsreglement für die Anlage erarbeiten und die Jugendlichen in die Verantwortung nehmen. Nach einem Jahr wird es eine Auswertung geben. Die Anwohnenden wurden informiert und an die Eröffnungsveranstaltung eingeladen. Die Jugendlichen haben erfahren, dass sie etwas erreichen können, wenn sie sich engagieren. Sie müssen aber auch ein Stück weit die Verantwortung übernehmen. Von den Anwohnenden wurden Bedenken geäußert, weil ältere Jugendliche an diesem Ort öfter Probleme verursachen. Die Tatsache, dass Mojawi auch in Veltheim an einigen Abenden vor Ort ist, hat die Situation beruhigt. Auch die Quartierpolizei ist an einer Vernetzung mit der mobilen Jugendarbeit interessiert. Das Beispiel Skater-Anlage zeigt, wie Jugendarbeit funktionieren kann. Stadtrat N. Galladé wird die Ratsmitglieder bei einer nächsten Gelegenheit einladen. Es ist einleuchtender die Jugendsozialarbeit vor Ort zu erleben als eine Weisung zu diskutieren.

W. Badertscher (SVP), persönliche Erklärung: Ist missverstanden worden. Er hat nicht das Konzept angegriffen. Er wollte einfach Fakten über die Praxis erhalten. Das Konzept sollte nicht hinterfragt werden. W. Badertscher wollte sich ein konkretes Bild machen.

Stadtrat N. Galladé: Der Stadtrat hat versucht die Antworten zu geben. Stadtrat N. Galladé hat die konkrete Anzahl Stunden nachgeliefert. Es wäre auch möglich gewesen, diese Fragen in der Kommission zu stellen bevor der Kredit gesprochen wurde. Dann wäre eine Interpellation nicht notwendig gewesen.

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit ist die Interpellation erledigt und abgeschrieben.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2009/098: Beantwortung der Interpellation W. Badertscher (SVP) betreffend Anlaufstelle für Randständige

W. Badertscher (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Frage 2: Die SVP-Fraktion ist einverstanden mit der Begleitgruppe, die ins Leben gerufen worden ist. Das ist ein guter Weg, um einen Konsens zu finden und mögliche Auswirkungen frühzeitig und einvernehmlich zu beheben. In diesem Sinne nimmt die SVP-Fraktion die Interpellationsantwort im positiven Sinn zur Kenntnis.

Ch. Denzler (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und teilt die Meinung des Stadtrates in allen Punkten. In einem Artikel hat der Landbote geschrieben, dass sich aufgrund von Einsprachen und Weiterzug des Verfahrens die Realisierung der Anlaufstelle verzögern wird. Ch. Denzler sieht in diesem Vorgehen eine reine Verzögerungstaktik. Das Volk und das Verwaltungsgericht haben die Anlaufstelle gutgeheissen und werden jetzt ausgebremst. Die SVP hat sich damals für eine Ablehnung der geplanten Anlaufstelle stark gemacht. Die Partei rühmt sich immer wieder, dass sie die Stimme des Volkes sei. Hier hat sie sich für Partialinteressen einspannen lassen. Das hat Ch. Denzler befremdet. Wer sich unvoreingenommen mit der Anlaufstelle auseinandergesetzt hat, muss zum Schluss kommen, dass der Umzug an die Zeughausstrasse dringend notwendig ist.

B. Günthard Fitze (EVP/EDU): Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Die Fragen wurden klar beantwortet. Im Vorfeld der Abstimmung wurde das Konzept ausführlich vorgestellt. Mit den neuen Örtlichkeiten kann die Qualität der Anlaufstelle verbessert werden. Das dient sowohl den Besuchern wie auch der Bevölkerung. B. Günthard Fitze hofft, dass mit dem Umbau rasch begonnen werden kann. Es ist bedauerlich, dass mit diesen Einsparungen nach der Abstimmung der Umbau erneut verzögert wird und die Verlierer der Abstimmung ihre Niederlage nicht akzeptieren können. B. Günthard Fitze hofft, dass doch noch ein guter Weg gefunden wird.

K. Cometta (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die klaren Antworten und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis. Es ist schade, dass der Volksentscheid nicht rasch umgesetzt werden kann. Der Umzug an die Zeughausstrasse wird die Situation für die Öffentlichkeit und für die Randständigen verbessern. In der Antwort wird dargelegt, dass es auch für die Anwohner verträglich sein wird. Die Anlaufstelle verfügt über einen Garten. Die Hausordnung und die Begleitgruppe werden dafür sorgen, dass die Auswirkungen relativ gering ausfallen. Die GLP/PP-Fraktion hofft, dass der Umzug bald realisiert werden kann.

A. Daurù (SP): Die Abstimmung vom 29. November 2009 hat es gezeigt. 62,9 % der Bevölkerung hat dem Umzug zugestimmt. A. Daurù hat sich beim Lesen der Interpellation aufgeregt, weil das Thema noch immer nicht erledigt ist. Er kann das nicht ganz verstehen. Dass W. Badertscher mit der Antwort einverstanden ist, ist aber erfreulich. A. Daurù hofft jetzt, dass der Quartierverein Wildbach/Langgasse die Möglichkeit wahrnimmt, die der Stadtrat in der Antwort auf die Frage 2 aufgezeigt hat und sich in die Begleitgruppe einbringt. Es ist zu hoffen, dass damit der Quartierverein zur Ruhe kommen kann. Die Massnahmen und Lösungen, die der Stadtrat bereits im Vorfeld der Abstimmung immer wieder erläutert hat, sind gut. Das wird hoffentlich auch der Quartierverein in nächster Zeit einsehen.

W. Badertscher (SVP): Es wurde gesagt, dass die SVP Partialinteressen vertrete. Wenn ein Quartierverein, die junge Altstadt und der Gewerbeverband hinter einer Forderung stehen, sind das nicht nur einige Bürgerinnen und Bürger. Dass das Abstimmungsergebnis so eindeutig zugunsten des Umzuges ausgefallen ist, erstaunt nicht. Alle sind froh, dass die Anlaufstelle nicht im eigenen Quartier realisiert wird. Damit sind alle anderen das Problem los. Dass die Betroffenen Rechtsmittel gegen den Umzug ergreifen, kann ihnen niemand verbieten.

R. Isler (SVP): Die SVP hat das Projekt nicht gut geheissen. Aber mit den Rekursen hat sie nichts zu tun. Alle anderen, die erklären, dass der Volkswille durchgesetzt werden muss, sollten sich an der eigenen Nase nehmen. Auch der VCS hat in der Vergangenheit Volksabstimmungen torpediert. Wenn es um Umweltverträglichkeit, Lärmimmissionen oder Schattenschwurf geht, dann sind die Volksrechte nicht mehr so viel wert. Die Ratsmitglieder sollten in dieser Beziehung fair bleiben. Mit dem Rekurs hat die SVP nichts zu tun.

Ch. Denzler (FDP): Wenn die SVP nichts mit dem Widerstand gegen den Umzug zu tun hätte, dann hätte sie auch nicht das Referendum ergriffen und eine Volksabstimmung gefordert.

M. Stauber (Grüne/AL): Der Quartierverein Wildbach/Langgasse ist nicht legitimiert, Rekurs einzulegen. M. Stauber ist ebenfalls Mitglied dieses Quartiervereins. Er ist aber nicht gleicher Meinung wie die Rekurrenten. Die Rekurse wurden von Privatpersonen eingereicht, die den Quartierverein – böse gesagt – für ihr Anliegen missbrauchen. R. Isler hat erklärt, dass mit dem Verbandsbeschwerderecht Projekt verzögert werden. Tatsache ist, dass private Beschwerden öfters für Verzögerungen verantwortlich sind als Verbandsbeschwerden.

Ch. Kern (SVP): Ch. Denzler hat es offenbar noch nicht begriffen. Die SVP hat das Referendum ergriffen, weil verschiedene Argumente gegen den Umzug sprechen. Ein Punkt waren die hohen Kosten. Das Referendum ist ein legitimes politisches Mittel. Immerhin haben 38 % der Bevölkerung von Winterthur das Projekt abgelehnt. Mit der Verzögerung hat die SVP nichts am Hut. Es sind Privatpersonen, die Rekurs eingereicht haben. Ch. Kern findet die Verzögerung ebenfalls bedauerlich. Wenn das Volk Ja gesagt hat, soll das Projekt umgesetzt werden. Die Verzögerungen werden Kosten zur Folge haben. Die SVP vertritt keine Partikularinteressen.

Stadtrat N. Galladé: Es ist erfreulich, dass die Antwort fast einhellig positiv aufgenommen worden ist. Selbstverständlich sind die Verzögerungen für den Stadtrat ärgerlich. Aber man muss festhalten, dass die Anwohnenden ein Recht haben, die rechtlichen Mittel auszuschöpfen. Das gehört zum System, auch wenn es nicht allen passt. Der Quartierverein Wildbach / Langgasse ist in den baurechtlichen Rekurs, der ans Verwaltungsgericht weitergezogen worden ist, involviert obwohl die Rekursberechtigung auf der Ebene der Baurekurskommission aberkannt worden ist. Die Stadt hat immer ein offenes Ohr für die Gegner der Anlaufstelle gehabt. Die Stadträte M. Künzle und N. Galladé arbeiten sehr gut zusammen und haben sich mit den Rekurrierenden zu einer Aussprache getroffen. Letztlich liegt aber ein klarer Volksentscheid vor. Die Anlaufstelle ist ein überzeugendes und notwendiges Projekt, das zur Sicherheit in der Stadt ebensoviel beiträgt wie zu einem würdigen Umgang mit Randständigen. Es ist klar, dass der Stadtrat an seiner Position festhält. Dazu ist er auch legitimiert und er hat einen Auftrag, der inhaltlich und sachlich richtig ist. Der Beweis, dass der Stadtrat die neue Situation an der Zeughausstrasse beherrscht, kann erst erbracht werden, wenn der Umzug erfolgt ist und die flankierenden Massnahmen umgesetzt werden können. In diesem Sinn hofft der Stadtrat, dass sich die Situation am aktuellen Standort der Anlaufstelle nicht weiter verschärft und dass alles zu einem guten Ende kommt.

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit ist die Interpellation erledigt und abgeschrieben.

12. Traktandum

GGR-Nr. 2010/007: Begründung des Postulats Ch. Baumann und O. Seitz (SP) betreffend Konzept zur Veloparkierung rund um den Hauptbahnhof

Ch. Baumann (SP): Das regionale Gesamtverkehrskonzept aus dem Jahr 2005 geht von einem Bedarf von 1'100 zusätzlich benötigten Veloparkplätzen rund um den Hauptbahnhof aus. Auch die Fachleute vom Amt für Städtebau rechnen mit 4'000 Abstellplätzen. Das sind deutlich mehr als heute vorhanden sind. Wenn man noch dazu nimmt, dass die Pendlerströme zwischen Zürich und Winterthur mehr als 100'000 Bewegungen ausmachen, wird klar, dass der Platz zu knapp ist. Es braucht eine umfassende Planung. Deshalb soll der Stadtrat ein Veloparkierungskonzept anstossen. Ein Konzept ist notwendig, weil zum Beispiel die Rudolfstrasse hoffnungslos überfüllt ist. Ch. Baumann zeigt Bilder von der Situation. Fussgänger müssen den parkierten Velos ausweichen, mit Kinderwagen ist das Passieren sehr schwierig, ältere Leute haben Probleme, weil sie auf die Strasse ausweichen müssen. Auch bei der Ausfahrt des Parkdecks stehen die Velos im Weg. Der Durchgang ist sehr schmal und die Velos werden bis an die Treppe zur Unterführung parkiert, weil sonst kein Platz vorhanden ist. Die Veloparkierung muss in ordentliche Bahnen gelenkt werden. Nicht alle haben genügend Zeit, um die Velos näher zusammenzurücken, damit das eigene Velo noch Platz hat.

Wenn man die Bilder betrachtet, die der Stadtrat vom geplanten Stadtraum hinter dem Bahnhof zeichnet, stellt man fest, dass kaum Velos zu sehen sind. Es stellt sich deshalb die Frage, wohin all die Velos verschwunden sind. Ch. Baumann zeigt verschiedene Ansichten des geplanten Stadtraums und im Vergleich dazu Bilder von der aktuellen Situation. Der Vergleich zeigt, dass die Parkierungsfrage nicht gelöst ist. Die Veloparkierung soll nicht wei-

terhin ein Flickwerk bleiben. Um den Bahnhof wird jetzt einfach jeder Platz für die Parkierung von Velos benutzt. Das ist keine gute Lösung. Ein Konzept für die Veloparkierung wäre sehr wichtig. Gefordert werden genügend Abstellplätze – nicht nur bezahlte sondern auch unbezahlte. Der Gemeinderat darf sich nicht von der Entwicklung rund um den Bahnhof überrollen lassen. Es braucht Ordnung, deshalb muss eine zweckmässige Veloparkierung entwickelt werden. Der Markt muss in die richtigen Schranken gewiesen werden. Die Nachfrage übersteigt das Angebot bei weitem. Deshalb braucht es eine Grundlage, damit das Angebot an Veloparkplätzen marktgerecht ausgebaut werden kann. Ch. Baumann dankt für die Unterstützung des Postulats.

O. Seitz (SP): Es fehlen mehr als 1'000 Parkplätze. Ch. Baumann hat die Situation beim Bahnhof beschrieben. Die SP fordert ein Gesamtkonzept, eine Gesamtschau. Sie will wissen wie viele Plätze fehlen, wo diese gebaut werden könnten, und welche Rahmenbedingungen vorgesehen sind. Anhand des Masterplanes zeigt O. Seitz mögliche Parkplätze auf. Bei der Gleisquerung beim Kesselhaus sind durch die Aufschüttung unterirdisch zusätzliche Plätze geschaffen worden. Vielleicht wäre das auch an der Rudolfstrasse möglich. Auch der Vorplatz beim Zentrum Neuwiesen wurde als Möglichkeit für unterirdische Plätze in Betracht gezogen. Vor allem verlangt die SP genauere Angaben zu den Plätzen an der Rudolfstrasse. Am Bahnhofplatz Nord stehen zurzeit ca. 50 Veloparkplätze zur Verfügung, gestrichen werden sollen, um Platz zu schaffen für ein Pärklein. Beim Bahnhofplatz Süd sollen ebenfalls ca. 50 Plätze wegfallen. Eine Möglichkeit wäre, verbunden mit dem Shopville, unterirdische Plätze zu schaffen. Hier stellt sich die Frage der Kosten. Die Gesamtschau soll aufzeigen, wo Plätze geschaffen werden können und wie viele Plätze gesamthaft zur Verfügung stehen. Die Finanzierbarkeit muss ebenfalls geprüft werden. Die Idee auf dem Parkdeck Veloabstellplätze einzurichten, müsste ebenfalls in Betracht gezogen werden. Das unterste Parkdeck könnte für Velos geöffnet werden. Das wäre eine Möglichkeit sehr viele Veloparkplätze zu schaffen. Vielleicht müssten auch verschiedene Systeme geprüft werden. Die SP möchte mit dem Konzept eine Gesamtschau erhalten, damit der Gemeinderat Prioritäten setzen kann und Lösungen gefunden werden können.

St. Nyffeler (SVP): Die SVP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag. Wo war die SP als das Projekt im Rat behandelt wurde? Die Veloparkierung hätte im Rahmen der Diskussionen um den Stadtraum Bahnhof vorgebracht werden können. Das neue Veloparkhaus ist noch nicht ausgelastet und schon ertönt der Ruf nach mehr Parkplätzen. Wenn man überhaupt etwas machen will, dann müsste man die Kontrolle der abgestellten Velos und die Überprüfung der Kurzzeitparkplätze in den Vordergrund stellen. Es werden ständig mehr Abstellplätze gefordert. Mit welchen Mitteln die verschiedenen Konzepte kontrolliert werden sollen, davon spricht niemand. Mit Kontrollen könnten letztendlich freie Plätze geschaffen werden. Schrottelos, gestohlene Velos – alles wird beim Bahnhof deponiert. Das braucht sehr viel Platz. Eine Person kümmert sich vollamtlich um die Velos. Dieser Mann ist völlig mit Arbeit überlastet. Wenn die SP mehr Mittel für die Kontrollen fordern würde, könnten sie auf die Unterstützung der SVP zählen.

S. Gyax (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion begrüsst das Postulat. Es besteht Handlungsbedarf in Bezug auf die Veloparkplätze rund um den Hauptbahnhof. Deshalb unterstützt die Fraktion die Forderung nach einem Konzept. Winterthur ist eine Velostadt und muss das auch bleiben. Es ist wichtig den Velofahrerinnen und Velofahrern die notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Deshalb befürwortet die GLP/PP-Fraktion den Vorschlag mit einem Gesamtkonzept verschiedene Veloparkierungsmöglichkeiten rund um den Hauptbahnhof aufzuzeigen. Bei der Ausarbeitung des Konzepts ist es wichtig, die Lehren aus den Erfahrungen mit verschiedenen Systemen einzubeziehen. Die doppelstöckigen Veloständer, die bis vor kurzem im Einsatz waren, sind nicht benutzerfreundlich. Zudem müssen gute Veloständer nicht automatisch teuer sein. Bei der Ausarbeitung des Konzepts sollen die Kosten eine wichtige Rolle spielen. Wenn möglich sollen benutzerfreundliche und günstige Parkierungsmöglichkeiten geschaffen werden. Um den Hauptbahnhof besteht bereits ein breites Angebot an bewachten Veloparkplätzen. Deshalb wird der Stadtrat aufgefordert im zu erarbeitenden Konzept den Fokus auf Gratisabstellplätze zu legen. Der Ausbau des Langsam-

verkehrs ist ein zentrales Anliegen der Grünliberalen Partei. Deshalb unterstützt sie die Überweisung des Postulats und gratuliert den Vorrednern aus der SP zur Präsentation.

L. Banholzer (EVP): Die fehlenden Abstellplätze rund um den Bahnhof sind ein Dauerbrenner und für viele Velofahrer ein Ärgernis. Tatsache ist, dass Veloabstellplätze möglichst nahe beim Bahnhof gefragt sind. Die Bereitschaft, das Velo etwas weiter weg abzustellen, ist bei den meisten Bahnbenutzerinnen und Bahnbenutzern leider nicht gegeben. Im Zusammenhang mit den Umbauarbeiten an der Rudolfstrasse sollen neue Abstellplätze geschaffen werden. In einem Forum zum Stadtraum Bahnhof ist im März berichtet worden, dass die Vorbereitungen zu einem Studienauftrag zur Strassenraumgestaltung inklusive Veloparkierung an der Rudolfstrasse im Gang sind. Geplant ist die Neugestaltung erst auf das Jahr 2015. Es ist wichtig, dass die Gesamtsituation analysiert wird und nicht nur die Situation an der Rudolfstrasse. Es interessiert die EVP, mit welchen Mitteln die Stadt die Probleme lösen oder zumindest verbessern will. Die EVP unterstützt die Überweisung des Postulats.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats. Die Zielvorgaben, die sich die Stadt Winterthur mit der Städtecharta gegeben hat, besagt, dass in dicht besiedelten Stadträumen nachhaltige Verkehrsformen, wie der öffentlichen Verkehr oder der Fuss- und Veloverkehr, einen grossen Teil des Verkehrsvolumens ausmachen sollen. Diese Verkehrsformen müssen prioritär behandelt werden. Diese Zielvorgaben bedeuten, dass der Veloverkehr in Winterthur stärker gefördert werden muss. Das gilt ganz besonders für den innersten Teil der Stadt beim Hauptbahnhof. Deshalb ist es dort ganz besonders wichtig, dass die Veloförderung umgesetzt wird. Das bedeutet, dass in einem ersten Schritt beim Bahnhof genügend Veloparkplätze zur Verfügung gestellt werden müssen für Pendler, Einkaufende und Ausflügler. Dass ein grosser Bedarf besteht, zeigt ein kleines Beispiel. Bei den Archhöfen wurden die Veloparkplätze vergessen. Erst nachdem die Velolobby auf den Mangel hingewiesen hat, wurden Parkplätze geschaffen. R. Diener war im Sommer in Groningen Holland in den Ferien. Diese Stadt hat knapp 150'000 Einwohner, das Verkehrsvolumen erreicht aber lediglich einen Drittel des Verkehrs, den Winterthur zu bewältigen hat. Rund um den Bahnhof befinden sich zwei bis dreimal mehr Veloparkanlagen als in Winterthur. Die Parkieranlagen sind alle bewacht und können gratis genutzt werden. Der Veloanteil in Groningen ist doppelt so hoch wie in Winterthur. Das wäre ein Ziel, das Winterthur anstreben sollte.

Ch. Denzler (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt das Postulat. Als Velofahrerin kennt sich Ch. Denzler in Winterthur aus. Letzte Woche hat sie gemeinsam mit anderen Parlamentarierinnen und Parlamentariern die Situation genauer angeschaut. Dabei wurden unter anderem die Kurzzeitparkplätze beanstandet aber auch an der Rudolfstrasse wurden verschiedene Mängel zu Protokoll gegeben. Stadträtin P. Pederagnana kann das bestätigen. Die Kurzzeitparkplätze gehören den SBB. Die Stadtpolizei kann diese Parkplätze nicht kontrollieren. Die Nutzung des Parkdecks wäre sicher eine gute Idee. Diese Parkplätze dürften aber nicht gratis sein. Die Gratisparkplätze, die sich ganz in der Nähe des Bahnhofs befinden, sind jeweils bereits am frühern Vormittag besetzt.

M. Baumberger (CVP) hofft, dass der Ratskollege R. Diener mit dem Velo nach Groningen gefahren ist. Die CVP teilt den Wunsch der Postulanten nach mehr Veloabstellplätzen beim Hauptbahnhof. Einerseits gibt es zu wenige Veloparkplätze, andererseits sind nicht alle Abstellplätze in der Stadt voll ausgelastet. Die CVP will dem Stadtrat noch Zeit geben, damit er verschiedene Möglichkeiten prüfen kann. M. Baumberger geht davon aus, dass der Stadtrat Veloabstellplätze plant. Es wäre fast eine Unterstellung, zu glauben, dass Stadträtin P. Pederagnana das nicht will. Deshalb sollte der Gemeinderat abwarten, bis der Stadtrat ein Konzept erarbeitet hat, in das bestimmt gute Ideen der Ratsmitglieder einfließen werden. Man sollte zudem noch abwarten bis das neue Veloparkhaus am Bahnhof ausgelastet ist. Aus diesen Gründen lehnt die CVP das Postulat ab.

H. Iseli (EDU) lehnt die Überweisung des Postulats ab. Er würde der Überweisung zustimmen, wenn auch die Bahnhöfe in den Aussenquartieren einbezogen worden wären. Von diesen Parkplätzen spricht kein Mensch. Man muss die Bahnhöfe in den anderen Stadtkreisen mit einbeziehen, dann ist H. Iseli bereit ein entsprechendes Postulat zu unterstützen.

Stadträtin P. Pedergnana: Der Stadtrat nimmt das Postulat gerne entgegen. Bis der Stadtrat die Antwort vorlegen kann, muss der Gemeinderat ohnehin eine Weile warten. Zurzeit sind die Probleme um den Hauptbahnhof ein wichtiges Thema, wenn aber in den Aussenquartieren rund um die Bahnhöfe Parkierungsprobleme festgestellt werden, ist die Stadträtin froh, wenn sie darüber informiert wird. Tatsache ist, dass alle möglichst nahe zum Bahnhof fahren wollen – sei das mit dem Bus, dem Auto oder mit dem Velo. Die schwächste Interessensgruppe in der Stadt sind die Fussgängerinnen und Fussgänger. Sie haben kaum eine Lobby. Als ehemalige Sportministerin appelliert die Stadträtin an alle Interessensgruppen jeden Tag 10'000 Schritte zu gehen. Das gilt für Automobilistinnen und Automobilistinnen und für Velofahrende. Der Stadtrat wird nicht alle Bedürfnisse erfüllen können. Nicht alle können direkt bei den Gleisen gratis parkieren. Der Stadtrat wird aber ein Konzept entwickeln müssen, damit die Velofahrenden nahe beim Bahnhof parkieren können. Die Stadt ist darauf angewiesen, dass möglichst viele Pendlerinnen und Pendler mit dem Velo oder dem Bus zum Bahnhof fahren. Anders können die Transportkapazitäten nicht geleistet werden, die mit dem Wachstum der Stadt verbunden sind. Der Stadtrat wird im Rahmen der Einzelprojekte, die im Zusammenhang mit dem Masterplan Bahnhof entwickelt werden müssen, prüfen, wo das Angebot an Veloparkplätzen maximiert werden kann. Es ist sinnvoll ein Konzept zu erarbeiten.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Ablehnungsantrag der SVP-Fraktion abstimmen.

Der Rat überweist das Postulat mit klarer Mehrheit an den Stadtrat.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2009/090: Beantwortung der Interpellation F. Landolt (SP) betreffend Gesamtsanierung Adlergarten

F. Landolt (SP): Die Antwort, die der Stadtrat gibt, ist an sich logisch. Der Stadtrat beschreibt, mit welchen Energieplänen gearbeitet wird. Grundsätzlich kann die SP-Fraktion zustimmen. Im Einzelnen und im Fall der Gesamterneuerung des Adlergartens, vermag die Antwort aber nicht zu befriedigen. Das kann F. Landolt begründen: 1. Der Stadtrat erklärt, dass die Instandsetzung der Fenster im Adlergarten, die 1998 5,5 Millionen gekostet hat, eine Massnahme darstellt, die in den Unterhaltszyklus des Gebäudes passt. Die SP ist da anderer Meinung. 1998 hätte der Stadtrat erkennen können, dass eine Gesamtsanierung des 1968 gebauten Gebäudes notwendig ist. Aufgrund dieser Erkenntnis hätte der Stadtrat eine neue Strategie formulieren müssen, die dazu geführt hätte mit dem Ersatz der Fenster zu warten. Stattdessen wurde 1998 viel Geld in die Sanierung der Fenster gesteckt. Diese Investition kann so schnell abgeschrieben werden. Das führt dazu, dass man neben dem Sanierungszyklus steht. Das ist suboptimal. In etwa 20 Jahren müssen die Fenster saniert werden, das Gebäude wird dann aber noch nicht sanierungsbedürftig sein. Das heisst in 20 Jahren müssen die Fenster saniert werden, der Adlergarten wird dann voll belegt sein. Damit sind Komplikationen vorprogrammiert. Dieser Umgang mit Steuergeldern ist suboptimal. 2. Der Stadtrat gibt auf einfache Fragen keine Antwort. Die Frage, ob der mittel- bis langfristig im Gebäudebereich anzustrebende Heizenergiebedarf bei ca. 2 Liter Öläquivalenten pro Quadratmeter Energiebezugsfläche (EBF) und Jahr anzusiedeln ist, hätte der Stadtrat mit Ja oder Nein beantworten können. Zur Erklärung: In den 70er Jahren waren es ca. 20 Liter Öläquivalent pro Quadratmeter EBF, in den 80er Jahren ca. 10 Liter und Gebäude mit Min-

gergie-Standard benötigen ca. 5 Liter. Mit der 2'000 Watt Gesellschaft kompatibel sind ca. 2 Liter oder ein Passivstandard. Das ist ein langfristiges Ziel. Mit dieser Sanierung wird das Ziel erst in 50 oder 60 Jahren erreicht. Die SP ist enttäuscht, dass der Stadtrat sich nicht klar zu den 2 Litern Öläquivalent als Ziel bekennt. F. Landolt hofft nicht, dass der Stadtrat insgesamt auf diese Art mit dem Ziel 2'000 Watt Gesellschaft umgehen wird. Auch wenn der Zug für eine weitergehende Sanierung des Adlertgartens abgefahren ist und lediglich eine Reduktion des Energieverbrauchs von 30 % erreicht wird anstelle von 60 %, wird sich die SP-Fraktion weiterhin für vorbildliche Sanierungen einsetzen. Insgesamt hat der Stadtrat eine Chance vertan.

Ch. Denzler (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis. Die Erläuterungen des Stadtrates sind fachlich kompetent und es gibt nichts mehr anzufügen. Es würde keinen Sinn machen, die Fenster, die 1998 für 5,5 Millionen ersetzt worden sind, wegzuworfen. Das würde zudem graue Energie verbrauchen. Die Lebensdauer dieser Fenster beträgt noch ca. 20 Jahren. Ch. Denzler kann den Worten von F. Landolt durchaus einiges abgewinnen und befürwortet den Umweltschutz aber in diesem Fall nicht zu einem so hohen Preis.

W. Schurter (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis. Das Alterszentrum Adlertgarten entspricht nach der Gesamtanierung dem Minergie-Standard. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht - Ökonomie ist ebenfalls ein Teil der Nachhaltigkeitsdefinition - ist eine energetische Instandsetzung mit einer zusätzlichen Dämmung der Gebäudehülle mit Mehrkosten von rund 8 Millionen nicht tragbar. Dieser Haltung des Stadtrates schliesst sich die CVP an.

W. Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis. Das Sanierungsziel, den Minergie-Standard zu erreichen, erachtet die SVP nach wie vor als richtig. Die im Jahre 1998 für 5,5 Millionen erneuerte Fassade inklusive Fenster soll aus ökonomischen Gründen nicht erneuert werden. In der Weisung steht zudem, dass die Fenster noch 20 bis 40 Jahre halten sollten. Das nimmt W. Steiner positiv zur Kenntnis. Eine erneute Sanierung wird dann hoffentlich in den Erneuerungszyklus passen. Wie in der Beantwortung erwähnt, würde ein Neuaufbau der Fassade erhebliche Mengen an grauer Energie verbrauchen - wäre also auch ökologisch nicht sinnvoll.

L. Banholzer (EVP/EDU): Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Neu- und Umbauten können in Bezug auf energetische Fragen nicht gleich behandelt werden. Die EVP/EDU-Fraktion stimmt dem Stadtrat zu. Aus ökologischen und ökonomischen Gründen lohnt es sich nicht die vor 12 Jahren erneuerte Fassade zusätzlich zu dämmen und die Fenster zu ersetzen. Das Gebäude erreicht auch ohne Sanierung der Fassade Minergie-Standard und damit auch den von der Stadt angestrebten Gebäudestandard 2008. Die EVP/EDU-Fraktion nimmt die Antwort im zustimmenden Sinn zur Kenntnis.

B. Dubochet (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort ist aber damit nur teilweise einverstanden. Der Leitfaden für die Energiestandards, den die 10 grössten Städte definiert haben, gibt lediglich ein Minimum vor. So ist bei Sanierungen der Minergie-Standard nur zu prüfen, Neubauten sollen dem Minergie-Standard entsprechen. Als Energiestadt Gold müsste Winterthur aber im Sanierungsbereich den Minergie-Standard erfüllen und der Minergie P Standard müsste bei Neubauten Pflicht sein. Eine weitere Kritik betrifft die Aussage des Stadtrates, der für die nächsten 25 bis 30 Jahren von gleichbleibenden Energiekosten ausgeht. Wenn man annimmt, dass die Energiepreise um 4 % steigen, werden sich die Kosten in den nächsten 30 Jahren mehr als verdreifachen. Der Stadtrat stellt fest, dass die Raumtemperaturen in den städtischen Liegenschaften generell zu hoch sind. Auch deshalb ist eine gute Dämmung sehr wichtig. Ch. Denzler hat erklärt, dass der Ersatz der Fenster viel graue Energie benötigen würde. Wenn diese Fenster erst in ca. 20 Jahre ersetzt werden, wird der Energieverlust viel höher sein. Es gibt ökonomische Gründe, die Fenster nicht zu ersetzen. Aber in energetischer Hinsicht würde es sich lohnen. Es ist ein-

fach bei der Grösse des Gebäudes Minergie-Standard zu erreichen. Winterthur müsste aber mehr machen. Mit einer besseren Gebäudehülle könnten die Heizkosten gesenkt werden, das Klima im Haus könnte im Sommer wie im Winter verbessert werden. Die Fenster wurden 1998 eingebaut. B. Dubochet nimmt nicht an, dass damals die besten Fenster ausgewählt wurden. Diese Fenster sollten jetzt noch ca. 20 Jahre halten. In 15 bis 20 Jahren werden sich die Verantwortlichen darüber ärgern, weil die Chance, die Fenster auszuwechseln, nicht genutzt worden ist.

B. Meier (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. In der Beurteilung muss sich die Fraktion leider den kritischen Stellungnahmen des Interpellanten und der Grüne/AL-Fraktion anschliessen. Die Fraktion nimmt die Antwort im ablehnenden Sinn zur Kenntnis und zwar aus drei Gründen, die zeigen, dass gewisse Dinge zu wenig wert sind: 1. Die Fernwärme aus der KVA ist offenbar zu wenig Wert. Die Verfügbarkeit bremst den stadträtlichen Ehrgeiz im Bereich Energieeffizienz vorwärts zu gehen. Wenn in zukunftsgerichteten Wirtschaftlichkeitsrechnungen für die Fernwärme 5,8 Rappen für die Kilowattstunde eingesetzt werden, während bereits jetzt 7,5 Rappen bezahlt werden müssen pro Kilowattstunde Gas, kann das nicht als zukunftsgerichtet betrachtet werden und man muss sich über halbherzige Sanierungen nicht wundern. 2. Der Gebäudestandard 2008 ist offenbar kaum das Papier wert. Im Zweifelsfall wird das Minimum umgesetzt, eine Begründung lässt sich immer konstruieren. Offensichtlich fehlt das langfristige Denken, wenn Fehlinvestitionen aus der Vergangenheit als Argument herangezogen werden, um neue Fehlinvestitionen zu tätigen. So werden schlechte Lösungen aus der Vergangenheit zementiert. 3. Muss am Wert von stadträtlichen Versprechungen während der Planungsphase gezweifelt werden. In der Ratsdebatte zum Planungskredit am 15. Juni hat M. Zeugin (GLP) beliebt gemacht, die Option einer umfassenden energetischen Sanierung ernsthaft zu prüfen, weil sonst das Risiko besteht, dass das Projekt an anderer Stelle abgelehnt wird. Stadträtin M. Ingold hat zugesichert, dass Fragen betreffend Gebäudehülle noch fundierter geprüft werden. Die Interpellationsantwort zeigt, dass der stadträtliche Wille zur vertieften Überprüfung nicht viel zählt. Es werden keine neuen Anhaltspunkte geliefert. Bereits die Ausschreibung für die Planungsleistungen, die vom 12 Juni datieren, also drei Tage vor der Ratsdebatte, nehme die Lösung vorweg, indem keine Dämmung vorgesehen wurde. Die GLP/PP-Fraktion richtet die dringliche Bitte an den Stadtrat, den Stellenwert von künftigen Energiepreisen und die Verbindlichkeit des Gebäudestandards 2008 zu überprüfen (in den Legislaturzielen ist zudem von einem beschlossenen Gebäudestandard 2010 die Rede, von dem anzunehmen ist, dass er strenger ist als der Standard 2008). Im Weiteren wird der Stadtrat gebeten, den Stellenwert von stadträtlichen Zusagen im Rahmen der Bewilligung von Planungskrediten zu überprüfen. Die städtischen Bauvorhaben in der letzten Legislatur müssen leider weitgehend als verpasste Chancen bezeichnet werden. Es wäre mehr als bedauerlich, wenn in der nächsten Legislatur der Adlergarten dieses Vorgehen fortgesetzt würde. Das Risiko, dass dieses Projekt an anderer Stelle abgelehnt wird, ist noch nicht vom Tisch.

Stadträtin P. Pederngana dankt den Ratsmitgliedern für die intensive Diskussion. Nicht alle sind mit dem Minergie-Standard zufrieden. Dafür hat die Stadträtin grosses Verständnis. Es geht dabei um den Umweltschutz und um klimapolitische Zielsetzungen. Der Stadtrat steht in einem Zielkonflikt zwischen Ökonomie und Umweltschutz. Zu einzelnen Fragen: Ob 1998 die besten Fenster eingebaut wurden, kann Stadträtin P. Pederngana nicht beurteilen. Sicher ist es wichtig, dass die Fernwärme – genauso wie andere Energiequellen – sparsam genutzt werden muss. Die Anregung, dass die Energiepreise überprüft werden müssen, nimmt die Stadträtin gerne entgegen. Aus den Unterlagen und den Diskussionen zur Interpellation, die von U. Bründler (CVP) und B. Dubochet (Grüne) betreffend Neubau Adlergarten eingereicht worden ist, geht hervor, dass der Stadtrat wie besprochen und in sich konsistent vorgegangen ist. Stadträtin P. Pederngana nimmt aber zur Kenntnis, dass der Minergie-Standard einen Teil des Gemeinderates nicht befriedigt und dass Minergie P erwartet wird. Die Darlegung, warum sich der Stadtrat für ein anderes Vorgehen entschieden hat, liegt mit dieser Antwort vor.

Statistik: 7 Geschäfte wurden erledigt, 1 Postulat wurde überwiesen, 5 neue Geschäfte sind eingegangen. Das ergibt einen Saldo von minus 2 Geschäften.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

U. Bründler Krismer (CVP)

D. Schraft (Grüne)

J. Lisibach (SVP)